

Wissen
kompakt

30 Jahre Friedliche Revolution 1989/1990

LANDTAG
BRANDENBURG



Brandenburg



Inhalt

Grußwort	4
.....	
Landtagswahl 2019	6
Quiz	16
.....	
Ein Rückblick auf die DDR	18
Der Kalte Krieg: Die Teilung der Welt in Ost und West	20
Die SED-Diktatur	24
Sudoku	28
Die Stasi und ihre Opfer	36
Triplets	42
Logikrätsel	44
Kunst im Sozialismus	46
Perestroika und Glasnost: Reform aus dem Osten	50
Kreuzworträtsel	56
Mangel und Konsumgesellschaft	58
Der Anfang vom Ende	64
Rebus-Rätsel	70
Gemeinsames Bekenntnis zum friedlichen Aufbruch	72
Quiz	78
Beweis der Fälschung: Die Kommunalwahlen 1989	80
Der „Eiserne Vorhang“ wird durchlässig	84
Die Mauer fällt	88
Quiz	94
.....	
Formelsammlung	96
Lösungen	100
Auszüge aus der Brandenburgischen Landesverfassung	104
Notizen	106
Bildnachweis	109
Quellen	110
Impressum	111

Grußwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

der Landtag Brandenburg stellt euch ein weiteres Pocketheft aus der Reihe „Wissen kompakt“ vor. Für die Entdeckungsreise in der Welt des Lernens wünsche ich euch viel Erfolg und viel Freude, denn mit Freude lernt es sich am besten.

Das Pocketheft kann euch dabei unterstützen. Aus Anlass des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution 1989/1990 bietet dieser bunte Begleiter einen Rückblick auf die Geschichte der DDR. Außerdem geht es um die Landtagswahl in Brandenburg am 1. September 2019.

Freie und geheime Wahlen waren eine der Hauptforderungen der Friedlichen Revolution. Viele Menschen wollten endlich frei entscheiden, wer ihre Interessen im Parlament vertritt, und sich für ihre Entscheidung nicht vor dem Staat rechtfertigen müssen. Solche freien und geheimen Wahlen gab es nicht in der DDR, sondern nur eine Einheitsliste, die der herrschenden Staatspartei SED stets die absolute Mehrheit sicherte. Und wer nicht wie die meisten offen wählte, sondern in der Wahlkabine, wurde beobachtet. Der Verdacht, dass etwas nicht stimmen kann mit den üblichen 98,9 Prozent Zustim-

mung zur Einheitsliste, hatte sich bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 bestätigt. Mutige, unabhängige Bürger hatten damals an der Auszählung der Stimmen teilgenommen.

Inzwischen haben wir gelernt, dass Demokratie kein Zustand ist, der – wenn einmal erreicht – für immer gesichert ist. Sondern wir wissen, dass Demokratie Engagement und Beteiligung braucht und immer wieder neu gestaltet werden muss – zum Beispiel, indem man wählen geht und dadurch Verantwortung übernimmt für die Demokratie.

Wie die Landtagswahl funktioniert und wie der neue Landtag gebildet wird, das könnt ihr ebenfalls auf den folgenden Seiten nachlesen. Ihr seid aber auch herzlich eingeladen, mit eurer Schule den Landtag zu besuchen und in einem Planspiel oder bei einem Besuch im Plenum zu erfahren, wie das Parlament funktioniert.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen!

Eure



Britta Stark
Präsidentin des Landtages Brandenburg



Landtags- wahl

2019

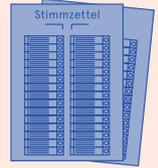
Wahlen zum Landtag Brandenburg 2019

Was und wer wird gewählt?

Am 1. September 2019 wird der Landtag Brandenburg gewählt. Festgelegt hat diesen Termin Landtagspräsidentin Britta Stark am 18. September 2018 – gemäß des Artikels 62 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg und im Einvernehmen mit dem Präsidium des Landtages.

Der Landtag Brandenburg wird nach Artikel 62 der Landesverfassung für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Eine Neuwahl findet frühestens 57 und spätestens 60 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Der Landtag besteht aus 88 Abgeordneten, wobei 44 durch **Mehrheitswahl** in den 44 Wahlkreisen des Landes gewählt werden, die übrigen durch **Verhältnisswahl** nach den Landeslisten der Parteien, politischen Vereinigungen oder Listenvereinigungen. Durch sogenannte Überhang- und Ausgleichsmandate (→ S. 12) können bis zu 110 Abgeordnete in den Landtag einziehen.

Die Wahl zum Landtag wird nach den Regeln der „personalisierten Verhältnisswahl“ durchgeführt. Das hört sich erstmal kompliziert an, bedeutet aber nichts weiter, als dass zwei Wahlsysteme sinnvoll miteinander kombiniert werden: die Personenwahl und die Verhältnisswahl.





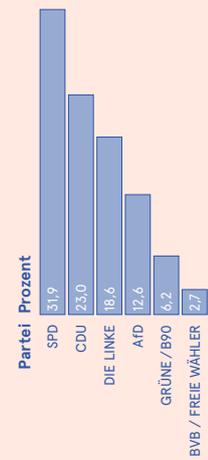
Vier Schritte zur Berechnung der Sitzverteilung

Liegt das Wahlergebnis erst einmal vor, beginnt das große Rechnen. Das genaue Verfahren zur Errechnung der Sitzverteilung ist im [Brandenburgischen Landeswahlgesetz](#) nachzulesen. In § 3 ist die Wahl der Abgeordneten nach den Landeslisten geregelt. In dieser Vorschrift werden sowohl der Regelfall als auch die Ausnahmen beschrieben. Wir konzentrieren uns im Folgenden auf den Regelfall und nähern uns der rechnerischen Bestimmung der Sitzverteilung im Landtag Schritt für Schritt:

1. Schritt

Zunächst muss geprüft werden, welche Landeslisten von Parteien, politischen Vereinigungen und Listenvereinigungen mindestens 5 Prozent der im Wahlgebiet (d. h. im Land Brandenburg) abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten haben. Bei der letzten Wahl am 27. September 2014 gelang dies fünf Parteien.

Zu berücksichtigen sind darüber hinaus auch die Wahlergebnisse für die Landeslisten, die unterhalb der Sperrklausel liegen, aber ein oder mehrere [Direktmandate](#) errungen haben (oder deren Landesliste als Liste der Sorben/Wenden eingereicht wurde). Dies war 2014 bei einer Landesliste der Fall.



Landtagswahl 2014

Dieses Wahlsystem sichert den politischen Vertretungsauftrag, den die Wähler den Mitgliedern des Landtages erteilen: Einerseits vertreten sie die jeweils regionalen Interessen durch eine Person im Landtag. Gleichzeitig setzen sie sich für die politischen Ziele ein, die ihre Partei oder politische Vereinigung für das gesamte Land formuliert hat.

Demzufolge sind zwei Stimmen abzugeben:

eine für einen Kandidaten im Wahlkreis und eine für eine Partei, politische Vereinigung oder Listenvereinigung.

Auf diese Weise gelangt die Hälfte der Abgeordneten direkt in den Landtag, die andere Hälfte über die Landeslisten der Parteien.

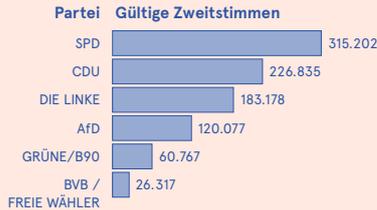
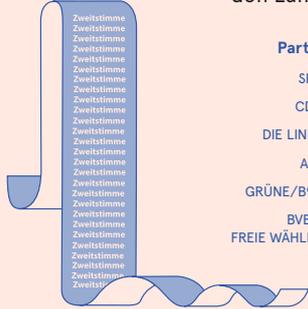
Bei der Verteilung der Sitze werden nur Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen berücksichtigt, die mindestens 5 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens in einem Wahlkreis einen Sitz errungen haben (sogenannte [Sperrklausel](#)).

Es gibt nur eine Ausnahme: Für eine Landesliste, die von der in Brandenburg besonders geschützten ethnischen Minderheit der Sorben/Wenden eingereicht wird, würde die Sperrklausel keine Anwendung finden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher jedoch kein Gebrauch gemacht.



2. Schritt

Im nächsten Schritt werden die Zweitstimmen aller nach Schritt 1 zu berücksichtigenden Landeslisten ausgewertet:



Landtagswahl 2014

3. Schritt

Die Zweitstimmen für die o. g. Landeslisten werden nun addiert. Das Ergebnis ist die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller zu berücksichtigenden Landeslisten (hier also der fünf, die über die Fünfprozenthürde gekommen sind, sowie einer, die aufgrund des gewonnenen Direktmandats Berücksichtigung findet).



Partei	Gültige Zweitstimmen
SPD	315.202
CDU	226.835
DIE LINKE	183.178
AfD	120.077
GRÜNE/B90	60.767
BVB / FREIE WÄHLER	26.317
GESAMTZAHL	932.376

Landtagswahl 2014

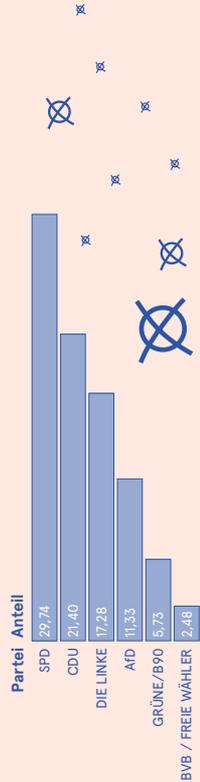
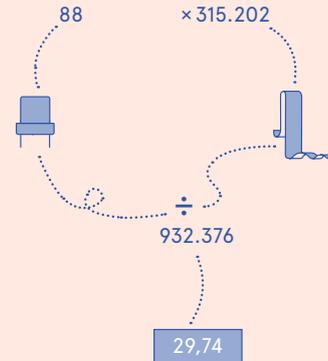
4. Schritt

Im vierten Schritt wird jetzt die Anzahl der Sitze im Landtag zu den beiden in Schritt 2 und 3 errechneten Zahlen in Beziehung gesetzt: Die Gesamtzahl der Sitze des Landtages wird mit der Zahl der Zweitstimmen der jeweiligen Landesliste multipliziert und durch die Gesamtzahl aller Zweitstimmen der zu berücksichtigenden Landeslisten geteilt.

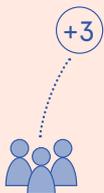
Formel:

$$\frac{\text{Anzahl der Sitze} \times \text{Anzahl der Zweitstimmen je Landesliste}}{\text{Gesamtzahl der Zweitstimmen der zu berücksichtigenden Listen}}$$

Berechnungsbeispiel der SPD-Sitze zur Landtagswahl 2014:



Landtagswahl 2014



Zunächst werden so viele Sitze verteilt, wie ganze Zahlen auf sie entfallen (in dem Fall insgesamt 85 Sitze). Die restlichen zu vergebenden Sitze (bei einer Gesamtzahl von 88 Abgeordneten in diesem Fall 3) werden in der Reihenfolge der Zahlenbruchteile vergeben (d. h. je ein zusätzlicher Sitz für SPD, GRÜNE/B90 und BVB / FREIE WÄHLER).

Wer wird nun auf diesen Plätzen sitzen?

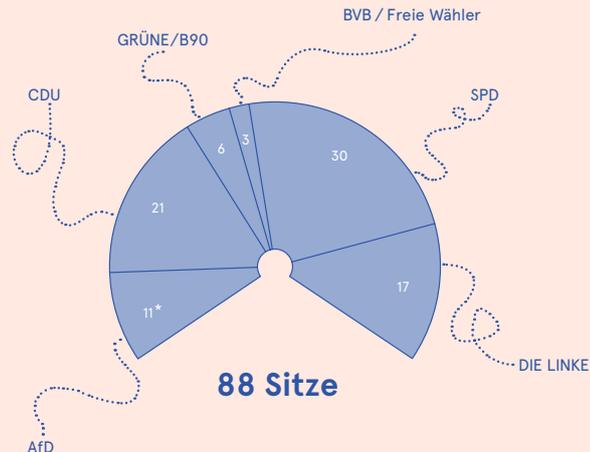
Dazu heißt es in §3 Abs. 5 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes:

„Von der für jede Landesliste ermittelten Abgeordnetenzahl wird die Zahl der von der Partei, politischen Vereinigung oder Listenvereinigung in den Wahlkreisen des Landes errungenen Sitze abgerechnet. Die restlichen Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Bewerber, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt. Entfallen auf eine Landesliste mehr Sitze, als Bewerber benannt sind, bleiben diese Sitze unbesetzt.“

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass eine Partei mehr Wahlkreise gewonnen hat, als ihr Sitze zustehen. In diesem Fall werden die sogenannten **Überhangmandate** vergeben. Ein Überhangmandat entsteht, wenn eine Partei durch die Erststimmen mehr Direktmandate erhält, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen. Erringt eine Partei oder politische Vereinigung ein oder mehrere Überhangmandate, erhöht sich um diese Zahl auch die Anzahl der Abgeord-

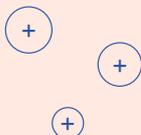
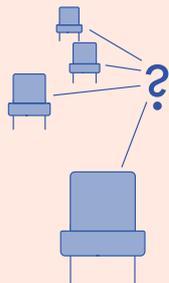
neten im Parlament. Für die übrigen Parteien werden durch die Vergabe von **Ausgleichsmandaten** diese Überhänge kompensiert. Auf diese Weise entspricht das Kräfteverhältnis der Landtagsfraktionen weiterhin dem im Zweitstimmenergebnis ausgedrückten Wählerwillen.

Sind die gewählten Kandidaten ermittelt, erhalten sie Post vom Landeswahlleiter. Sie müssen nun mitteilen, ob sie ihr Mandat annehmen. Ansonsten rücken andere Bewerber in der Reihenfolge ihrer Listenplatzierung nach.



*: Ein Abgeordneter, der über die AfD-Landesliste gewählt wurde, wurde nicht in die Fraktion aufgenommen und gehört dem Parlament seither fraktionslos an.

Sitzverteilung im Landtag Brandenburg 2014

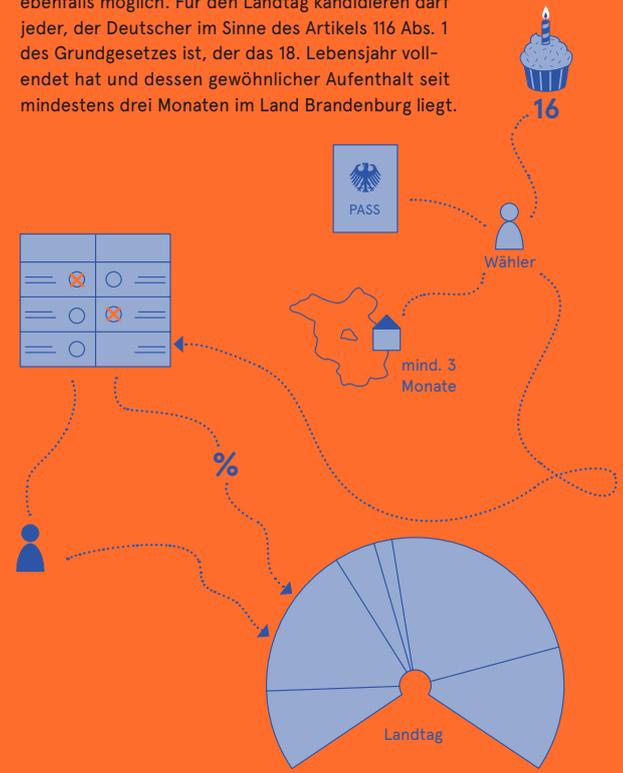




Plenarsaal des Landtages Brandenburg

– Wähler und Gewählte

Wer darf wählen? In Brandenburg darf man schon ab 16 Jahren an der Landtagswahl teilnehmen. Nur in drei anderen deutschen Bundesländern (Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein) ist das bisher ebenfalls möglich. Für den Landtag kandidieren darf jeder, der Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und dessen gewöhnlicher Aufenthalt seit mindestens drei Monaten im Land Brandenburg liegt.



Quiz

1. In Brandenburg darf man ab 16 Jahren wählen.
In welchen Bundesländern ist das noch der Fall?

- | | |
|---|--|
| A Bremen, Hamburg,
Schleswig-Holstein | B Bremen, Berlin,
Niedersachsen |
| C Berlin, Hamburg,
Bremen | D Hamburg, Bremen,
Niedersachsen |

2. Für wie viele Jahre wird der Landtag Brandenburg
gewählt?

- | | |
|----------------------|----------------------|
| A für 6 Jahre | B für 2 Jahre |
| C für 4 Jahre | D für 5 Jahre |

3. Welche Form der Wahl kommt für den Landtag zur
Anwendung?

- | | |
|---|------------------------------|
| A personalisierte
Verhältnswahl | B Persönlichkeitswahl |
| C reine Verhältnswahl | D allg. Verhältnswahl |

4. Wie viele Abgeordnete sitzen in der Regel
im Landtag Brandenburg?

- | | |
|--------------|-------------|
| A 44 | B 88 |
| C 110 | D 85 |

5. Bei welcher Höhe liegt die Sperrklausel für
den Landtag Brandenburg?

- | | |
|------------------|--------------------------------------|
| A bei 3 % | B bei 10 % |
| C bei 5 % | D am Eingang des
Landtages |

6. Wie heißt die/der Landtagpräsident/-in
in Brandenburg in der 6. Wahlperiode?

- | | |
|----------------------------|-----------------------|
| A Wolfgang Schäuble | B Britta Stark |
| C Dietmar Woidke | D Britta Ernst |

Ein
Rückblick

auf
die DDR

Der Kalte Krieg

Die Teilung der Welt
in Ost und West

Von Verbündeten zu Gegnern

Um die Geschichte der DDR verstehen zu können, muss man zunächst einen Blick auf die Ereignisse werfen, die ihrer Gründung vorausgingen: Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges hatte ein militärisches Bündnis aus Ost und West gemeinsam gegen das nationalsozialistische „Deutsche Reich“ gekämpft: Die Vormachtstellung im Westen hatten die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) inne. Ihren östlichen Gegenpol bildete seit 1917 die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR), kurz auch „Sowjetunion“ genannt.

Mit der **Kapitulation Deutschlands** am 8. Mai 1945 war das Ziel des militärischen Bündnisses zwischen den beiden Lagern erreicht. Die **alliierten Siegermächte** (neben den USA und der UdSSR waren dies **Großbritannien** und **Frankreich**) besetzten Deutschland, teilten es in Besatzungszonen und stellten es unter alliierte Verwaltung. Die Hauptstadt Berlin wurde ebenfalls unter diesen vier Mächten aufgeteilt.

Viermal „D“ für Deutschland

Auf der **Konferenz von Jalta** vom 4. bis 11. Februar 1945 und später auf der **Konferenz von Potsdam** vom 17. Juli bis 2. August 1945 versuchten die vier Siegermächte unter anderem, sich über den weiteren Umgang mit Deutschland einig zu werden. Letztendlich beschlossen sie die Durchführung der „vier Ds“: Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung.



4 × D

- Denazifizierung
- Demilitarisierung
- Dezentralisierung
- Demokratisierung



Die „Großen Drei“ auf der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte, 1945; von links: Winston Churchill (GB), Harry S. Truman (USA), Josef Stalin (UdSSR)

Dies sollte sicherstellen, dass künftig keine weitere Gefahr von Deutschland ausgehen konnte. Über diese vier Punkte hinaus gab es für ein gemeinsames Vorgehen im besetzten Land allerdings keine weitere Basis mehr: Zu deutlich traten zwischen den Interessenkonflikten zwischen den beiden Lagern hervor. Aus diesem Grund wurde der unter sowjetischer Verwaltung stehende Osten Deutschlands schließlich vom Rest des Landes getrennt.

Der „Eiserne Vorhang“ schließt sich

Doch nicht nur Deutschland teilte sich nach Kriegsende in zwei unterschiedliche Machtbereiche: Im Zuge der immer größer werdenden politischen Gegensätze spaltete sich ganz Europa in West und Ost.

Schon bald errichtete die UdSSR unter eigener Vorherrschaft einen „Gürtel“ osteuropäischer **Satellitenstaaten**. Hier wurden unter sowjetischer Führung sogenannte **Volksdemokratien** installiert, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und ihrem Generalsekretär Josef Stalin standen. Der vormalige britische Premierminister Winston Churchill beschrieb dieses Vorgehen 1946 mit dem Bild des **„Eisernen Vorhangs“**, der sich augenscheinlich in Europa zwischen West und Ost niedersenke.

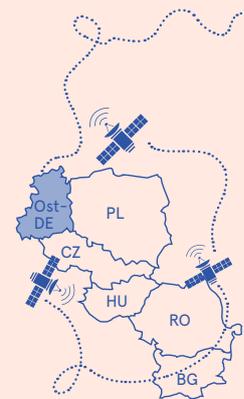
Auch in kriegerischen Auseinandersetzungen wie dem Griechischen Bürgerkrieg (1946–1949) unterstützten die UdSSR die kommunistische, Großbritannien und die USA wieder-

um die entgegengesetzte Seite. Am Beispiel Griechenlands verdeutlichte der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman den Kampf zwischen den westlich integrierten und den vom Osten dominierten Staaten. Mit der nach ihm benannten **„Truman-Doktrin“** von 1947 ging die Politik der USA deutlich auf antikommunistischen Kurs.

Der US-Außenminister George C. Marshall entwickelte mit dem **„Marshall-Plan“** ein gigantisches wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm für Westeuropa. Neben wirtschaftlicher Hilfe führte es auch zur Vergrößerung des amerikanischen Absatzmarktes und sollte der Eindämmung des sowjetischen Vormachtstrebens dienen.

Wer ist stärker?

1949 wurde die **NATO** gegründet (engl.: North Atlantic Treaty Organization, dt.: „Organisation des Nordatlantikpaktes“). In diesem Nordatlantikpakt bildeten westeuropäische und die nordamerikanischen Staaten ein Militärbündnis. Auch die sowjetisch-kommunistischen Länder schlossen sich 1955 zu einem militärischen Bündnis zusammen, dem **Warschauer Pakt**. Damit hatte sich die Welt in zwei gegensätzliche Blöcke geteilt. Die **„Nahtstelle“** dieser zweigeteilten Weltordnung führte durch Deutschland und speziell durch Berlin, denn hier stießen die entgegengesetzten Interessen von West und Ost fortan unmittelbar aufeinander.



Die

SED- Diktatur

Vorgeschichte: Zwei deutsche Staaten – und ein geteiltes Berlin

Gemäß dem Potsdamer Abkommen vom August 1945 wurde Deutschland in vier **Besatzungszonen** aufgeteilt. Auf dem Gebiet der Zonen Großbritanniens, der USA und Frankreichs (mit Ausnahme des heutigen Saarlandes) wurde am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland (**BRD**) mit der Hauptstadt Bonn gegründet, auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (**SBZ**) am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik (**DDR**). Ost-Berlin wurde zur Hauptstadt der DDR ernannt.

West-Berlin blieb fortan eine Insel in der DDR: Einerseits grenzte es an den durch die Mauer abgeriegelten östlichen Teil der Stadt, andererseits an das Gebiet des heutigen Bundeslandes Brandenburg. Eine der wichtigsten Verbindungsstellen lag an der Transitstrecke zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik: Auf östlicher Seite wurde sie als „Grenzübergangsstelle“ (Güst) **Drewitz-Dreilinden** bezeichnet, auf westlicher Seite als „**Checkpoint Bravo**“. Die unterschiedliche Benennung des Ortes verdeutlichte bereits die verschiedenen Sichtweisen. Die Westmächte hatten lange Zeit die Staatsgrenzen der DDR nicht anerkannt und sprachen deshalb von **Checkpoints**, also lediglich von Kontrollpunkten, nicht von Grenzübergängen (zum Beispiel auch „Checkpoint Alpha“ und „Checkpoint Charlie“).





Alliierte Flugzeuge der „Luftbrücke“ sind bereit für
den Abflug Richtung Berlin. Frankfurt/Main, 1948

Sudoku

leicht

4	1			6	5			7
		6			7	4	8	
2		7	4	9				6
	6			7		1		
3		1	5				7	2
	9			4	2	3		8
1		8	6				2	9
	2			1	8	6	4	
6			3				1	

schwer

6				1	9	7		
						2		
						3	1	9
			4					1
3					2	9		
				8	5		2	
9							6	5
		5	3	4	8			
8	7							



Nach der Einführung einer eigenen Währung, der **Deutschen Mark (D-Mark)**, in den westlichen Besatzungszonen des Landes und den Westsektoren in Berlin spitzte sich die Lage weiter zu:

Vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 wurden von sowjetischer Seite alle Land- und Wasserwege nach West-Berlin blockiert. Die Westmächte mussten fast ein Jahr lang die Bevölkerung im Westteil der Stadt mit einer sogenannten **Luftbrücke** per Flugzeug mit allem Lebensnotwendigen versorgen.



Der Status der geteilten Stadt verfestigte sich vollends durch die **Berliner Mauer**, deren Bau in der Nacht zum 13. August 1961 begann: Nachdem die innerdeutsche Grenze bereits seit der ersten Hälfte der 1950er-Jahre unter starke Bewachung gestellt worden war, schloss sich somit das letzte verbliebene Nadelöhr: Von nun an war eine Ausreise in den Westen für die meisten DDR-Bürger unmöglich. Eine Ausnahmeregelung galt nur für Rentner und im Falle dringender Familienangelegenheiten. West-Berliner und Bundesbürger erhielten hingegen relativ problemlos Einreisegenehmigungen für die DDR.

Das nebenstehende Foto links zeigt die Berliner Mauer zwischen Kreuzberg und Mitte im Jahr 1987. Auf der Westseite war sie bereits mit zahlreichen Graffiti verziert, auf der Ostseite war sie durch eine Sperrzone abgeriegelt und unzugänglich.



Berliner Mauer, 1987

Eine als Demokratie getarnte Diktatur entsteht

Schon unmittelbar nach Kriegsende begann die sowjetische Besatzungsmacht, in ihrer Zone kommunistische Strukturen einzuführen. Diese sogenannte **antifaschistisch-demokratische Umwälzung** erfasste sämtliche Bereiche der Gesellschaft: Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Politik. In der Verwaltung beispielsweise wurden die Schlüsselpositionen binnen kürzester Zeit mit Kommunisten besetzt.

War die Gründung von Parteien anfangs noch erlaubt, mussten sich KPD, SPD, CDU und die liberale LDP im Juli 1945 bereits zur **„Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“** zusammenschließen. Die Deutsche Demokratische Republik wurde vier Jahre später namentlich zwar als „demokratisches“ Gebilde gegründet, stellte jedoch keine Demokratie im eigentlichen Sinn dar: Das Volk hatte im Grunde keine Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung.

Am 21./22. April 1946 wurden die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) und die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) zwangsvereinigt. Damit war die Grundlage für die ostdeutsche Einparteiendiktatur gelegt: Politisch bestimmte die SED alle Entscheidungen im Staat, ohne dass sie in demokratischen Wahlen von den Bürgern des Landes damit beauftragt worden wäre. Zwar fanden in der DDR Wahlen statt, diese waren jedoch weder frei noch geheim. Die Wahlergebnisse wurden zudem massiv gefälscht (→ S. 81).



Wahlplakat der SED aus dem Jahr 1950

Gewählt wurde eine **Einheitsliste** aus Kandidaten der SED und den in der „**Nationalen Front**“ zusammengeschlossenen weiteren Parteien und sozialistischen Massenorganisationen. Nach dem Motto des Parteiliedes „Die Partei hat immer Recht“ beanspruchte die SED für sich, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein. Unter dieser Voraussetzung war eine kritische Betrachtung des eigenen staatlichen Handelns weder möglich noch erwünscht.

Alle Macht der Partei

Geographisch gliederte sich die staatliche Verwaltung in der DDR seit 1952 in 14 Bezirke – Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus, Magdeburg, Halle, Erfurt, Gera, Suhl, Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt – und Ost-Berlin. Die Wirtschaft wurde verstaatlicht, das Prinzip der **Planwirtschaft** (→ S. 59) eingeführt.

In der Verfassung wurde die **Volkskammer** als höchstes Organ der Republik benannt. Gewaltenteilung gab es nicht mehr. Alle Gewalt konzentrierte sich in der Volkskammer. Von diesem Hang zur Machtkonzentration war auch die staatliche Personalpolitik geprägt. Nach dem Tod des ersten Präsidenten der DDR (Wilhelm Pieck) wurde dieses Amt 1960 abgeschafft. Fortan hatte der Vorsitzende der SED faktisch auch den ersten Zugriff auf das neu geschaffene Amt des Staatsratsvorsitzenden. Dies nutzte bis 1971 Walter Ulbricht, von 1976 bis 1989 auch Erich Honecker. Der Letzte, der eine solche Doppelfunktion bekleidete, war Ende 1989 Egon Krenz (→ S. 89).



Blick auf die Ehrentribüne während der Parade zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung, Berlin, 7. Oktober 1989

Macht = Zensur + Kontrolle

Die politische Weltanschauung des **Sozialismus**, die dem System der DDR zugrunde lag, strebte theoretisch eine sozial gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung an. Diese Ideologie wurde im Sinne der Parteienherrschaft ausgelegt, um das diktatorische Vorgehen stets im Namen des Sozialismus rechtfertigen zu können.

Als totalitäre Diktatur versuchte der Staat in der DDR, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu durchdringen – öffentlich wie privat. Mithilfe von Massenorganisationen sollten alle Teile der Bevölkerung im Staatssystem organisiert und damit überwacht und vereinnahmt werden. Beispiele hierfür sind die „Freie Deutsche Jugend“ (**FDJ**) oder der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (**FDGB**). Grundlegende Rechte wie Meinungs- und Pressefreiheit fehlten. Alle Medienberichte wurden vor ihrer Veröffentlichung staatlich zensiert. Gesendet oder gedruckt wurde nur, was der Selbstdarstellung der Staatsführung und der sozialistischen Ideologie entsprach. Um all dies durchzusetzen, betrieb der Staat ein umfassendes System der **Überwachung**. Wer die staatliche Politik kritisch beurteilte, sich ungerecht behandelt fühlte oder ins westliche Ausland reisen wollte, sagte dies nicht laut, aus Angst, überwacht zu werden. Solche Bürger wurden „**Staatsfeinde**“ genannt und konnten hart bestraft werden. Besonders drastisch zeigte sich das diktatorische System beim Volksaufstand am 17. Juni 1953, einem weitgehend friedlichen Protest gegen wachsende soziale Probleme, Bevormundung und Repressionen, der blutig niedergeschlagen wurde.



Embleme der FDJ und des FDGB



– Kalter Krieg

Der Begriff „Kalter Krieg“ bezeichnet die Phase des 20. Jahrhunderts, in der sich die beiden Blöcke um die Weltmächte USA und UdSSR zwar feindlich, jedoch ohne offene Kampfhandlungen gegenüberstanden. „Osten“ und „Westen“ betrieben Propaganda und Spionage gegen den jeweils anderen, rüsteten militärisch um die Wette und konkurrierten wirtschaftlich wie politisch. Zwar blieb es bei einem „kalten“ Krieg zwischen den Weltmächten, doch wurden „heiße“ Stellvertreterkriege geführt (u. a. in Korea, Vietnam, Afghanistan), bei denen jeweils eine der beiden regionalen Kriegsparteien unterstützt wurde.

– Kommunismus

Der Kommunismus ist ein Herrschafts- und Politikkonzept, das von der Überlegung ausgeht, dass es kein Privateigentum an Produktionsmitteln gibt und dass der gesamte Besitz allen gemeinsam gehört. Deshalb gibt es auch eine staatliche Wirtschaftsplanung (Planwirtschaft). Vom Staat wird festgelegt, wer welche Aufgaben zu erfüllen hat. Auf diesem Weg soll eine ideale Gesellschaftsordnung entstehen.

– Was ist eine Diktatur?

Eine Diktatur ist eine Herrschaftsform, bei der die Macht über Volk und Staat entweder in den Händen einer einzelnen Person oder einer Minderheit liegt. Es gibt keine Kontrolle über die Machtausübung durch Gewaltenteilung in gesetzgebende

(Legislative), rechtsprechende (Judikative) und vollziehende Gewalt (Exekutive). Zudem hat das Volk keine Möglichkeit, auf die Politik des Staates, in dem es lebt, Einfluss zu nehmen, da es über keine demokratischen Rechte verfügt (zum Beispiel das freie Wahlrecht). Damit sind die Menschen in einer Diktatur dem Willen der Machthabenden ausgeliefert. Merkmale einer Diktatur:

- die Verletzung von Bürger- und Menschenrechten
- staatliche Repression und umfassende Überwachung durch Geheimdienste
- Zensur der Medien
- Beschränkung der Pressefreiheit
- Beschränkung der Versammlungsfreiheit
- die Kontrolle der Machthabenden über die Justiz.

Es gibt verschiedene Formen von Diktatur. Im Falle der DDR handelte es sich um eine Parteidiktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands („SED-Diktatur“). Im Alltag der Menschen können jedoch auch in einer Diktatur zwischenmenschliche Begegnungen, der Spaß mit den Freunden in der Schule, Feste im Familienkreis, die erste Liebe und der Erfolg im Beruf im Vordergrund stehen. Sie prägen häufig die persönliche Erinnerung. Erst wenn die Selbstverwirklichung des Einzelnen offen an die Grenzen des totalitären Staates stieß, offenbarte sich die ganze Enge der DDR-Gesellschaft.

Die Stasi und ihre Opfer

Das Spitzel-Ministerium

Das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit (MfS oder umgangssprachlich auch „Stasi“ genannt) war das zentrale Organ für die Überwachung der DDR-Bevölkerung. Es unterstand dem Politbüro der SED und wurde auch als „Schild und Schwert der Partei“ bezeichnet. Leiter der Einrichtung war der Minister für Staatssicherheit: Von 1957 bis zum Ende der Institution 1989 hatte Erich Mielke (Foto rechts) dieses Amt inne. Das Ministerium verfügte über ein dichtes Netz an Mitarbeitern zur Spionage und Bespitzelung im In- und Ausland sowie zur Unterwanderung oppositioneller Bestrebungen.

Im Westen wie im Osten versuchten die Länder durch Spionage Informationen über den jeweiligen Gegner zu erhalten. Die Abteilung „Hauptverwaltung Aufklärung“ des MfS hatte die Spionagetätigkeit im Ausland in den Bereichen Politik, Militär, Wirtschaft und Technologie zur Aufgabe. Jede Seite versuchte, die gegnerische Spionage abzuwehren. Manche der gefangen genommenen feindlichen Agenten wurden eingesetzt, um im Austausch eigene Agenten zu befreien. Auch die **Gliednickier Brücke** zwischen Berlin und Potsdam wurde zum Schauplatz dieser seltenen Austauschaktionen von West- und Ost-Agenten.



Erich Mielke (1907–2000)



Der allgegenwärtige Überwachungsstaat

Neben der **Spionage** im Ausland hatte das MfS polizeiliche Befugnisse wie Festnahme, Durchsuchung, Beschlagnahmung, Vernehmung etc. Zu diesen Zwecken verfügte das Ministerium über eigene Haftanstalten.

Zusätzlich zu den offiziellen Stasi-Mitarbeitern gab es auch sogenannte **inoffizielle Mitarbeiter (IM)**, deren Hauptaufgabe die geheime Berichterstattung war. Die IM berichteten dem MfS von verdächtigem Handeln oder nicht staatskonformem Denken von Nachbarn, Kollegen, Freunden oder sogar Familienmitgliedern. Ein solches „anzeigewürdiges“ Verhalten war beispielsweise das unerlaubte Einschalten des „Westfernsehens“ aus der benachbarten Bundesrepublik.

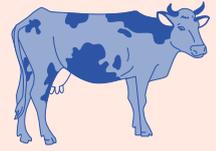
Nach Angabe der 1991 eingerichteten Behörde der/des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (**BStU**) waren in den 1980er-Jahren zwischen 80.000 und 90.000 hauptamtliche Mitarbeiter beim MfS beschäftigt. Zusätzlich waren 600.000 inoffizielle Mitarbeiter als **Informanten** tätig. Da in der DDR ca. 17 Millionen Menschen lebten, bedeuten diese beiden Zahlen, dass zusammengekommen rund **4 Prozent** der Bevölkerung für den Geheimdienst arbeiteten.

Mit den gesammelten Geheiminformationen wurden Akten über Personen und Organisationen angelegt, um gezielt gegen tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle vorgehen zu können. Diese Akten sind heute zentraler

Teil der Aufarbeitung der SED-Diktatur und können auf Antrag von Betroffenen und Historikern bei der BStU-Behörde eingesehen werden. Bislang sind 111 Kilometer Stasi-Akten aufgefunden worden. Darüber hinaus gibt es 1,85 Millionen Fotografien, 2.865 Filme und Videos sowie 23.250 Tondokumente.

Lebensgefahr macht erfinderisch

Viele Menschen in der DDR ertrugen die ständige Furcht vor **Denunziation** und Überwachung nicht. Dies war häufig einer der Gründe, das Land in Richtung Westen zu verlassen. Da auch die sogenannte **Republikflucht** in der DDR strafbar war, gingen Flüchtlinge und ihre Helfer ein hohes Risiko ein. Doch drohte nicht nur eine Haftstrafe: Für die befestigte innerdeutsche Grenze bestand ab 1960 sogar ein geheimer Schießbefehl. Wer sich also entschloss, die DDR illegal zu verlassen, begab sich in Lebensgefahr. Daher wurden immer neue und ausgefallene Fluchtwege erfunden. Ein spektakulärer Fall ist der **Fluchtversuch** einer jungen Frau an der Grenzübergangsstelle Drewitz-Dreilinden. Sie versuchte am 7. Juli 1969 in einer ausgestopften Kuh, die in einem Lieferwagen transportiert wurde, aus der DDR zu fliehen. Der Fluchtversuch wurde entdeckt, die junge Frau und ihre Helfer zu zwei und drei Jahren Haft verurteilt.



Ein Fluchtversuch mit „trojanischer Kuh“ scheiterte am 7. Juli 1969.





Mauer mit Todesstreifen
im Berliner Ortsteil
Plänterwald, fotografiert
am 31. August 1990

Gummiparagrafen als Allzweck-Waffe

Zum Teil arbeitete das MfS der Strafjustiz der DDR gezielt zu. Politische Straftatbestände waren in der DDR meist sehr vage formuliert und boten somit viel Raum für Interpretationen, wie die folgenden Beispiele aus dem Strafgesetzbuch der DDR zeigen:

- „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“,
- „Staatsfeindliche Verbindungsaufnahme“,
- „Rowdytum“,
- „Ungesetzlicher Grenzübertritt“ („Republikflucht“).

Auf diese Weise konnten die Menschen in der DDR sehr einfach kriminalisiert werden, denn mithilfe solcher „Gummiparagrafen“ konnte die Stasi gegen beinahe jeden Bürger vorgehen. Das Strafmaß reichte von „Arbeitszerziehung“ und Haftstrafen bis zur Todesstrafe, die in 277 Fällen verhängt und in mindestens 166 Fällen auch vollstreckt wurde.

– MfS-Gefängnisse in Brandenburg

Auch im heutigen Bundesland Brandenburg gab es Gefängnisse des Ministeriums für Staatssicherheit.

• Cottbus:

Die ehemalige Haftanstalt in Cottbus wurde seit 1951 betrieben. Die meisten Häftlinge wurden dort zur Arbeit eingesetzt. Seit 2012 betreibt das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. eine Bildungs- und Begegnungsstätte zur Erinnerung an das Schicksal politischer DDR-Häftlinge in Cottbus.

• Frankfurt (Oder):

Mitten in Frankfurt (Oder), in der Collegienstraße 10, befand sich bis 1969 eine Untersuchungshaftanstalt des MfS, die zwischen 1950 und 1952 auch als Hinrichtungsstätte diente. Ab 1969 übernahm die Volkspolizei der DDR die Anlage ebenfalls als Untersuchungshaftanstalt. Heute befindet sich hier die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft 1930–1945/1945–1989“.

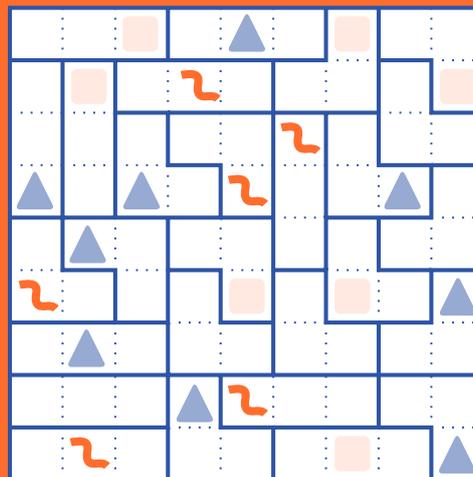
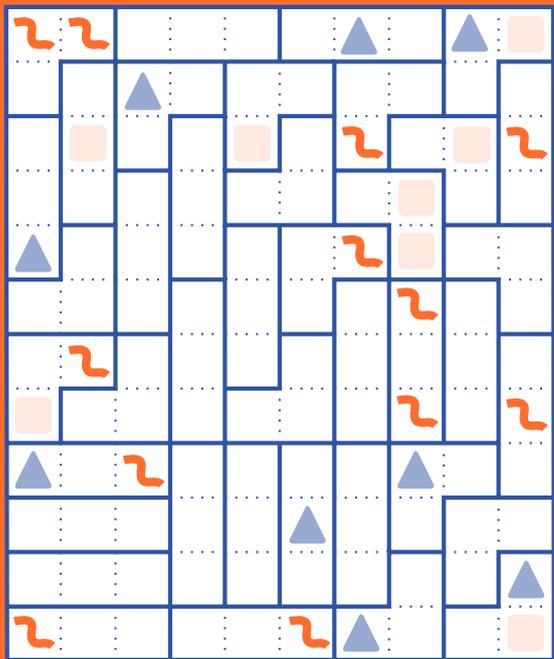
• Potsdam:

In der Lindenstraße 54 in Potsdam befand sich von 1952 bis 1989 die im Volksmund „Lindenhotel“ genannte Untersuchungshaftanstalt des MfS. Die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße hält heute vor Ort die Erinnerung an die einst hier Inhaftierten wach.



Lindenstraße 54/55,
Untersuchungsgefängnis
des MfS in Potsdam,
heute Gedenkstätte

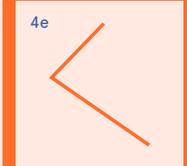
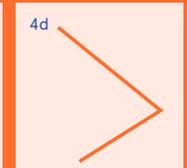
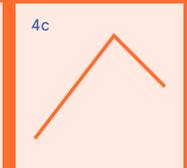
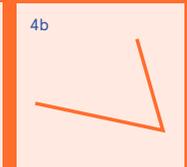
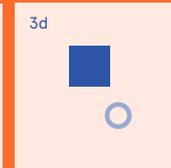
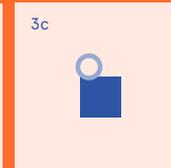
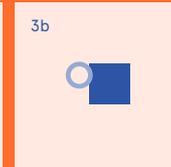
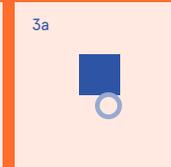
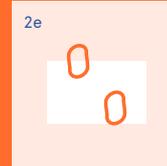
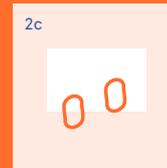
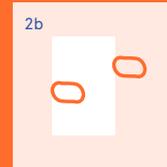
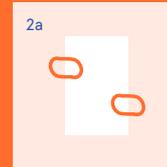
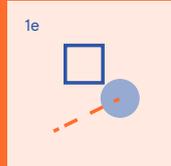
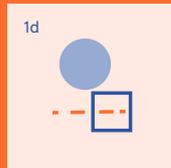
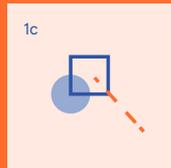
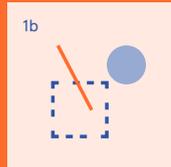
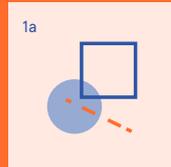
Tripletts



In jedem abgegrenzten Feld dürfen entweder nur gleiche oder nur unterschiedliche Symbole auftauchen. Gleiche Symbole dürfen nicht über das Feld hinaus benachbart sein.

Logikrätsel

Ein Muster tanzt aus der Reihe!
Finde das Muster, das nicht in die logische Reihenfolge passt.



Lösung auf Seite 100

Kunst im Sozialismus

Zensur oder Rausschmiss

Die Bestrebungen der DDR-Staatsführung nach **umfänglicher Kontrolle des öffentlichen Lebens** machten auch vor der Sphäre der Kunst nicht halt. Gemäß den kulturpolitischen Vorstellungen der SED sollte das kulturelle Leben ganz im Dienste der sozialistischen Ideologie stehen. Da die Ergebnisse künstlerischen Wirkens immer auch Einfluss auf das gesellschaftliche Leben haben, prüfte und zensierte die politische Führung der DDR sämtliche Werke aus Literatur, Theater, bildender Kunst, Film etc. Was der sozialistischen Ideologie widersprach oder die staatlichen Machthaber kritisch hinterfragte, wurde zensiert.

Den Künstlern, die als „**systemkritisch**“ eingestuft wurden, machten Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit das Leben schwer: Sie behinderten deren künstlerische Arbeit, indem zum Beispiel Theaterstücke nicht aufgeführt oder Bücher nicht gedruckt werden durften. In besonders drastischen Fällen wurden einige Künstler sogar ausgebürgert und verloren die Staatsangehörigkeit der DDR. Andere verließen aufgrund der Beschränkung ihrer künstlerischen Freiheit das Land aus freien Stücken. Für die Öffentlichkeit der DDR bedeutete der Wegfall dieser kritischen Stimmen einen großen Verlust.

Ein berühmtes Beispiel für die **Ausbürgerung** systemkritischer Künstler ist der Fall Wolf Biermanns. Am 13. November 1976 gab der Liedermacher ein Konzert in Köln. Als er wieder in die DDR einreisen wollte, wurde



Der Schriftsteller Christoph Hein spricht bei der Berliner Großdemonstration am 4. November 1989.





Freya Klier, freischaffende Theaterregisseurin der DDR und Mitbegründerin der DDR-Friedensbewegung, Erfurt, 16. März 2009

ihm dies verweigert – er war ausgebürgert worden. Auch die darauffolgende **Protestwelle** von Künstler- und Schriftstellerkollegen half nicht – sie hatten eine Petition unterschrieben, um die Staatsführung zum Einlenken zu bewegen. Im bundesrepublikanischen Exil schrieb Wolf Biermann weiterhin **DDR-kritische Lieder**. Heute zählt er zu den berühmtesten Dissidenten der DDR. Auch der Schriftsteller Jürgen Fuchs, der Journalist Roland Jahn und die Autorin und Regisseurin Freya Klier (Foto) wurden wegen ihrer kritischen Meinungsäußerungen ausgebürgert.

Trotz der Reglementierungen, denen Künstler in der DDR unterworfen waren, gelang es einigen immer wieder, kritische Beiträge in die Öffentlichkeit zu bringen. Mit dem Theaterstück „Die Ritter der Tafelrunde“ (Uraufführung im April 1989 in Dresden) nahm beispielsweise der Schriftsteller Christoph Hein (Foto S. 47) den alten Sagenstoff der Artuslegende auf, um in einem politischen Gleichnis das überalterte Politbüro und die Realität des gescheiterten Sozialismus zu kritisieren.

Insgesamt war oppositionelles Engagement von Künstlern in der DDR allerdings nicht zwangsläufig in erster Linie eine Absage an den Sozialismus. Vielmehr traten sie gemeinsam mit anderen Beteiligten der Oppositionsbewegungen für Demokratie und Menschenrechte ein – und damit auch gleichzeitig für die Freiheit künstlerischen Schaffens.

– DDR-Popmusik Ende der 1980er-Jahre

In den 1960er-Jahren war Rockmusik in der DDR noch politisch umstritten. „West-Platten“ zu importieren war verboten. Ab den 1970er-Jahren entwickelte sich eine spezielle Rockszene, die wegen kulturpolitischer Vorgaben deutsche Texte verwendete. Bekannte Bands waren die Puhdys, City, Karat, Silly und Pankow. Einzelne Songs durften selbst im DDR-Radio nicht gespielt werden, weil ihre Texte zu kritisch waren. Punk wurde bis in die 1980er-Jahren verfolgt, erst 1990 konnte die Cottbuser Punkband Sandow ein Album veröffentlichen. Das hier abgebildete Cover der Silly-Platte „Bataillon d'Amour“ von 1988 zeigt die Sängerin Tamara Danz, fotografiert von der bekannten ostdeutschen Fotografin Ute Mahler.

– Kabarett Obelisk, Potsdam

Satire war in der DDR gefährlich, denn das eigentliche Wesen der Satire ist das Anklagen gesellschaftlicher Missstände. Gerade das ist in einer Diktatur jedoch – wenn überhaupt – nur eingeschränkt möglich. Satiriker oder Kabarettisten riskierten es daher, als „staatsfeindlich“ eingeschätzt zu werden. Ein Beispiel für DDR-Kabarett, das trotz der Einschränkungen satirische Spitzen produzierte, ist das heute noch aktive Kabarett Obelisk in Potsdam. Stücke wie „Vollampf voraus“ (Juni 1986, das Stück musste abgesetzt werden) oder „Freiheitsberaubung“ (1989) sind Beispiele für das gesellschaftskritische Kabarett der 1980er-Jahre.



Cover von Silly: „Bataillon d'Amour“, 1988

Perestroika und Glasnost:

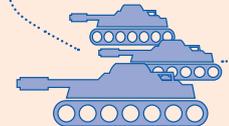
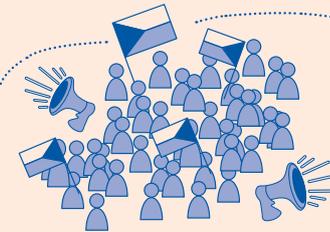
Reform aus dem Osten

Die Sowjetunion: Von der Hüterin des Sozialismus ...

Im August 1968 beendete die sowjetische Armee mit massiver militärischer Gewalt den „Prager Frühling“, eine liberal-demokratische Reformbewegung unter dem Motto „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der Tschechoslowakei. Dieses militärische Eingreifen im zwischen 1918 und 1993 existierenden Vorläuferstaat der beiden heutigen Länder Tschechien und Slowakei bot den Anlass für die Erklärung der sogenannten **Breschnew-Doktrin**.

Mit dieser nach dem sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew benannten Doktrin beschränkte die Sowjetunion die Souveränität und Selbstbestimmung der Ostblock-Staaten und erklärte sich zur „Hüterin“ **des Sozialismus** in allen Ländern des kommunistisch-sozialistischen Lagers. So sicherte sie ihre Vorherrschaft durch das Recht auf militärisches Einschreiten, sollte der Sozialismus bedroht sein. Die Beurteilung, wann dies der Fall war, behielten sich die sowjetischen Machthaber selbst vor.

Diese DDR-Briefmarke aus dem Jahr 1972 zeigt die beiden Staatschefs Leonid Breschnew (UdSSR, I.) und Erich Honecker (DDR) in freundschaftlichem Handschlag.



... zur Reformerin von innen

1985 wurde Michail Gorbatschow Staats- und Parteichef in der UdSSR. 1988 schaffte er die Breschnew-Doktrin formell ab und stellte seine Politik unter zwei neue Leitideen: Perestroika und Glasnost.

- Perestroika (dt.: „Umbau“) zielte auf die Umstrukturierung des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems der UdSSR.
- Mit Glasnost (dt.: „Offenheit“) wurden die Beschränkungen der Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit gelockert. Ziel war es, durch eine kritische öffentliche Diskussion eine große Akzeptanz für die Reformpolitik der Perestroika zu schaffen.

Innenpolitisch bedeuteten die Änderungen die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die sowjetische Wirtschaft. Außenpolitisch bewirkten sie für die osteuropäischen Staaten einen Zugewinn an Souveränität und **Selbstbestimmung**. Ohne diese politischen Reformen wäre die demokratische Revolution in den sowjetisch dominierten Ländern – und damit auch in der DDR – nicht möglich gewesen.



Die Nachbarn gehen voran

Früher als in der DDR zeichneten sich in den sozialistischen Nachbarstaaten reformpolitische Veränderungen ab. Einerseits wurden sie zum Vorbild und Antrieb für die Opposition in der DDR, andererseits entlarvten sie die Starrheit der SED-Führung.

Denn während sich das sozialistische Umfeld um die DDR herum reformierte und demokratisierte – mit Ausnahme der Diktatur Nicolae Ceaușescu in Rumänien – hielt die Staatsregierung der DDR an ihren diktatorischen Strukturen fest. Mit ihrer Ablehnung von Gorbatschows „Perestroika“ isolierte sie die DDR von den reformkommunistischen Staaten. Vorreiter der reformpolitischen Massenbewegungen im Ostblock war Polen. Im April 1989 wurde dort die bereits 1981 gegründete unabhängige Gewerkschaft **Solidarność** (dt.: „Solidarität“) wieder zugelassen. Sie war 1982 verboten worden, im Untergrund jedoch weiter aktiv gewesen. Während einer großen Streikwelle 1988 verhandelte Solidarność mit der Kommunistischen Partei Polens und wurde schließlich wieder legalisiert. Im Juni des gleichen Jahres wurden in Polen erstmals halbfreie Wahlen durchgeführt.

Auch in Ungarn zeichnete sich bereits 1987/1988 ein Reformprozess ab, der auf die Demokratisierung des Landes zusteuerte. Dieser Wandel vollzog sich schrittweise und ermöglichte so eine Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Machthabern und der Opposition. Im März 1989 wurde in Ungarn das Mehrparteiensystem eingeführt – die Allein-



Ankunft Michail Gorbatschows in Berlin aus Anlass der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung, Flughafen Berlin-Schönefeld, 1989



CHARTA 77



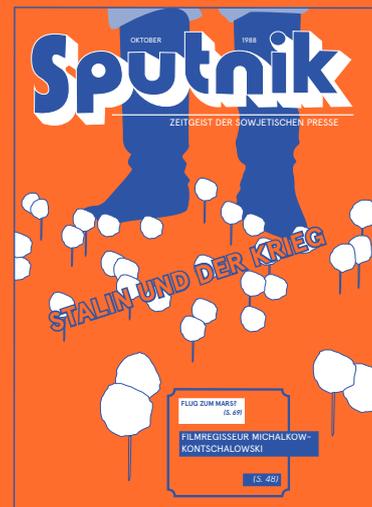
herrschaft der Kommunistischen Partei Ungarns war damit beendet. Als Ungarn am 2. Mai 1989 damit begann, die Grenzanlagen zu Österreich abzubauen, bekam der „Eiserne Vorhang“ erste Risse. Mit der Öffnung der Grenzen ermöglichte Ungarn die **Ausreisewelle** aus der DDR und leistete so einen wichtigen Beitrag zur Friedlichen Revolution.

In der **Tschechoslowakei** hatte sich bereits 1977 die Menschenrechtsinitiative „**Charta 77**“ gegründet. Deren Anhänger forderten die Einhaltung der Menschenrechte, die das Land 1975 mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) garantiert hatte. Trotz staatlicher Unterdrückung dokumentierten sie die Menschenrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei und bildeten mithilfe anderer oppositioneller Gruppen das **Bürgerforum**, das schließlich die Einsetzung einer neuen Regierung durchsetzte. Da auch dieser demokratische Umbruch friedlich verlief, wurde er im Nachhinein als „**Samtene Revolution**“ bezeichnet.

Äußerst wertvoll für das Gelingen der demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa war 1989/1990 die Verhandlungstechnik „**Runder Tisch**“: Das Beteiligen aller Konfliktparteien – darunter beispielsweise auch Persönlichkeiten aus der Gesellschaft oder Vertreter der Kirchen – ermöglichte einvernehmliche Lösungen. Am „Runden Tisch“ konnte ein Dialog zwischen den Beteiligten stattfinden – außerhalb der Strukturen, um die gestritten wurde.

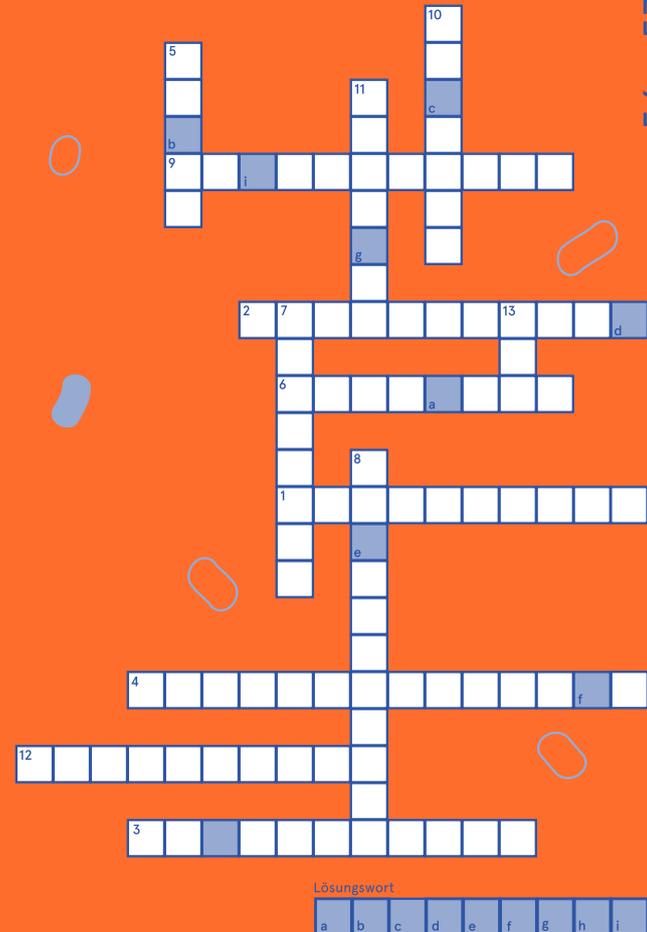
– Verbot der Zeitschrift „Sputnik“

Im November 1988 wurde die sowjetische Monatszeitschrift „Sputnik“ in der DDR verboten. Seit Gorbatschows Politik von „Perestroika“ und „Glasnost“ waren in dieser Zeitschrift zunehmend Artikel erschienen, die mit dem System der Stalinzeit abrechneten. Die SED folgte Gorbatschows Politik nicht und wollte Diskussionen über eine vergleichbare Politik auch in der DDR verhindern. „Sputnik“ erschien seit 1967 in deutscher Sprache. Nach dem Verbot vom November 1988 erschien „Sputnik“ erst wieder ab Januar 1990. Das Ende des Kalten Krieges besiegelte allerdings das baldige Versinken des Blattes in der publizistischen Bedeutungslosigkeit.



Kreuzwörterrätsel

1. Wie wurde ein Kontrollpunkt an der inner-deutschen Grenze im Westen genannt?
2. Wie hieß die lebensnotwendige Maßnahme, um die Bevölkerung in West-Berlin während der sowjetischen Blockade zu versorgen?
3. Wie wurde das höchste staatliche Organ der DDR genannt?
4. Wie lautet die Bezeichnung für staatliche Wirtschaftsplanung im Kommunismus?
5. Wie wurde das Ministerium für Staatssicherheit noch genannt?
6. Welchem Künstler wurde nach einem Konzert in Köln die Rückkehr in die DDR verwehrt?
7. Wie hieß der erste Staatsratsvorsitzende der DDR? (Nachname)
8. Wie nannte man eine der beiden neuen Leit-ideen von Gorbatschows Reformpolitik?
9. Welchen Namen trug die unabhängige polnische Gewerkschaft, die als Vorreiter der reformpo-litischen Massenbewegung gilt?
10. Wie hieß das Magazin, das seit Gorbatschows Politikwechsel in der DDR verboten war?
11. Welches bekannte Pkw-Modell wurde in Ost-deutschland produziert?
12. Wer trug in einer berühmten Pressekonferenz zum Fall der Berliner Mauer bei?
13. Der Ruf „Wir sind das Volk!“ veränderte sich nach dem Mauerfall zu „Wir sind ... Volk!“



Mangel und Konsumgesellschaft

Mangelwirtschaft „nach Plan“

Zu den Ärgernissen des DDR-Alltags gehörte das Einkaufen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs war unregelmäßig. Obwohl offiziell alle wichtigen Dinge ausreichend „nach Plan“ produziert wurden, fehlte es mal an Sahne, ein anderes Mal an Zahnbürsten. Fehlende Waren und unzureichende Dienstleistungen waren Gegenstand vieler Beschwerden und von Witzen.



In den 1980er-Jahren wurde das Warenangebot aufgrund der Wirtschaftskrise in der DDR noch deutlich schlechter. Dinge mussten geheim „besorgt“ oder „organisiert“ werden. Besondere Lebensmittel wie Südfrüchte kamen nur sporadisch in den freien Handel. Schnell bildeten sich lange Schlangen vor den Kaufhallen. Noch schwieriger waren technische Artikel oder Baumaterial zu bekommen. Deshalb wurden Ersatzteile häufig auf Vorrat gehortet, was die Gesamtnachfrage sehr zum Ärger der staatlichen Plankommission noch weiter erhöhte.



Von den rund 700 DDR-Marken-Produkten sind übrigens heute noch ca. 100 Marken im Handel. Bekannte Produkte sind zum Beispiel Rotkäppchen Sekt, Halloren Kugeln, Florena Creme, Bautz'ner Senf, Radeberger Bier und Spee Waschmittel. Um sich gegenüber dem Westen abzugrenzen, teilweise auch aus Urheberrechtsgründen, erhielten einige Produkte abweichende Namen: Die hier rechts gezeigten „Luftduschen“ sind einige der wenigen Produktinnovationen des Jahres 1989.



„Luftduschen“-Modelle aus dem Jahr 1989

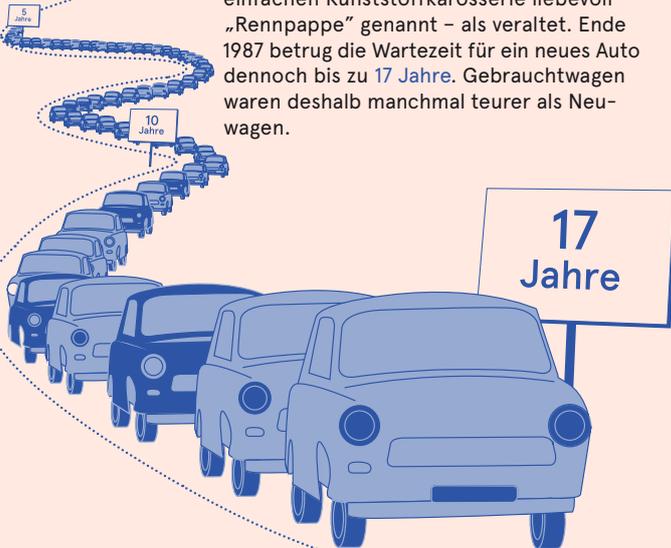


„Kaufhalle“, der Supermarkt der DDR, Senftenberg, 1988

Wartezeit für Pkws: 12–17 Jahre

In der DDR wurden Pkw langfristig in nur zwei Werken hergestellt: in Eisenach das Mittelklassemodell „Wartburg“ und im Sachsenring-Werk in Zwickau der Kleinwagen „Trabant“. Beide waren auf der Grundlage von Vorkriegstechnologien mit einem Zweitaktmotor ausgerüstet. Der Trabant, auch als „Trabi“ oder „Trabbi“ bekannt, wurde ab 1957 produziert. Insgesamt wurden mehr als 3 Millionen Fahrzeuge dieses Typs gebaut.

Spätestens seit den 1980er-Jahren galt der Trabant 601 – im Volksmund aufgrund seiner einfachen Kunststoffkarosserie liebevoll „Rennpappe“ genannt – als veraltet. Ende 1987 betrug die Wartezeit für ein neues Auto dennoch bis zu **17 Jahre**. Gebrauchtwagen waren deshalb manchmal teurer als Neuwagen.



Die DDR als Reisebüro

Als **totalitäre Diktatur** versuchte die DDR auch die Freizeit und vor allem den Urlaub ihrer Bürger zu kontrollieren. Die DDR-Bürger reisten mit dem Feriendienst des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ oder verbrachten ihre Urlaubstage in „Ferienobjekten“ der Betriebe. Das „Reisebüro der DDR“ und der Ableger „Jugendtourist“ der staatlichen Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ boten Reisen ins sozialistische Ausland an. Die Kinder verbrachten die Sommerferien im Ferienlager. Vom Staat unternommene Alternativen waren entspannte Tage in der heimatischen Gartenlaube.



Pionierfest an der 2. Polytechnischen Oberschule „Anton Saefkow“, Berlin-Prenzlauer Berg, 1979

Private und staatliche Vorstellungen über Freizeitgestaltung standen daher in einem Spannungsverhältnis: Nichtstun als Erholung wurde lange Zeit nicht gern gesehen, organisierte „aktive Erholung“ im Kollektiv dagegen gefördert.



Erst in den 1970er-Jahren wurde nach langen Prozessen des Aushandelns offiziell akzeptiert, was sich im Leben durchgesetzt hatte: freie Zeit als Zeit der Muße und der individuellen Erholung.



Der Anfang vom Ende



Die Krise wird offensichtlich

Ende der 1980er-Jahre war die DDR politisch wie wirtschaftlich dem Zusammenbruch nahe. Während die **Freiheitsrechte** der Bevölkerung nur theoretisch existierten und der offiziell verkündete **Wirtschaftsaufschwung** faktisch ausblieb, war das reale Leben in der DDR von staatlicher Reglementierung, Überwachung und wirtschaftlichem Mangel geprägt.

Trotzdem versuchte die SED mit allen Mitteln, an der Macht zu bleiben. Selbst Michail Gorbatschow, seit 1985 der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, konnte mit seiner Rede zum 40. Jahrestag der DDR die alternde Machtelite der SED nicht zu Reformen bewegen. Seine Warnung „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ verhallte vorerst. Der „real existierende Sozialismus in der DDR“ zeigte immer deutlichere Risse im Regierungs- und Wirtschaftssystem. Eine Vielzahl von Faktoren steigerte den Unmut der Bevölkerung. Dazu gehörten:

- die Engpässe in der Versorgung
- die Unterdrückung der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit
- die mangelnde Qualität der Produkte
- die Einschränkung der Reisemöglichkeiten
- die Überwachung durch die Staatssicherheit.



Michail Gorbatschow (l.) und Erich Honecker auf dem XI. SED-Parteitag, 1986



Parallel dazu lehnte die DDR-Regierung die Reformansätze grundsätzlich ab, die unter den Begriffen „Perestroika“ und „Glasnost“ (→ S. 52) in der Sowjetunion Einzug gehalten hatten und sich auch auf andere ostmitteleuropäische Länder auswirkten.

Massenflucht und Massenbewegung

Deutliche Zeichen der Krise waren die steigende Zahl der Ausreiseanträge von DDR-Bürgern sowie die stärker werdende Opposition im Land. Viele Menschen hatten vor den starren Strukturen des Landes resigniert und versuchten auf allen möglichen und unmöglichen Wegen, das Land zu verlassen. Andere wollten die Situation vor Ort ändern und blieben.

Bereits seit den 1970er-Jahren hatten sich in der DDR **oppositionelle Gruppen** gebildet, deren Anhänger sich nicht mehr mit den Verhältnissen in der SED-Diktatur abfinden wollten. Ihre Ziele, Ansichten und Beweggründe waren jedoch sehr unterschiedlich: Manchen ging es um die Reformierung der DDR – sie wollten einen demokratischen Rechtsstaat. Andere verlangten das Beachten der Menschenrechte, wieder andere den Verzicht auf die Ausbeutung der „Dritten Welt“, das Beenden des Wettrüstens oder Maßnahmen zum Umweltschutz. Insbesondere auch im Schutz der Kirche entwickelten sich zahlreiche Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen und forderten politische Reformen im Land (→ S. 73).



Demonstration am Berliner Alexanderplatz, 4. November 1989

– Menschenrechte

Als Menschenrechte werden diejenigen grundlegenden Rechte bezeichnet, die jedem Menschen allein durch sein Menschsein zustehen und die nicht veräußert bzw. abgegeben werden können. Sie stehen höher als das Recht des Staates und dürfen somit auch von diesem nicht gebrochen werden. Die rechtliche Grundlage bildet die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“ aus dem Jahr 1948. Zu diesen Rechten gehören:

- das Recht auf Leben, Unversehrtheit und Sicherheit;
- das Recht auf Freiheit und Gleichheit;
- das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.

1975 unterschrieben in Helsinki auch die Vertreter der DDR die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Unter anderem verpflichteten sie sich damit zur Einhaltung der Menschenrechte. Für die Bevölkerung in der DDR änderte dies jedoch nichts, da die Menschenrechte von der Regierung weiter unbeachtet blieben.

– Oppositionsnetzwerk in Brandenburg

Die Ortsgruppen der Opposition in Brandenburg waren wegen der regionalen Relevanz zunächst vor allem im Umweltschutz aktiv. Es ging zum Beispiel um die Umweltverschmutzung durch die Braunkohleförderung in der Lausitz, durch die Mülldeponien am Rande Berlins oder durch das Atomkraftwerk in Rheinsberg. Neben diesen Umweltschutzgruppen gab es auch in Brandenburg Initiativen, die sich mit Menschenrechtsfragen beschäftigten. Auch die Gruppen der brandenburgischen Oppositionsbewegung hatten anfangs unterschiedliche Ziele. Dennoch teilten sie den Willen zur Veränderung sowie die Kritik an den bestehenden Verhältnissen und erkannten die Wichtigkeit der Zusammenarbeit. Wie in anderen Teilen des Landes wurden auch die Aktivitäten der brandenburgischen oppositionellen Ortsgruppen seitens der Kirche unterstützt.

„Frieden konkret“ wurde das größte Netzwerk der verschiedenen Oppositionsgruppen in der DDR. Seit 1983 trafen sich unter dieser Bezeichnung zunächst Initiativen der Friedensbewegung, später auch Gruppen mit anderer Thematik. Hier konnten sich die Oppositionellen austauschen, gegenseitig informieren und koordinieren. Das letzte Regionaltreffen von „Frieden konkret“ vor dem Mauerfall wurde am 14. Oktober 1989 in Potsdam abgehalten.

Rebus-Rätsel

Zuerst müssen die gesuchten Wörter zu den verschiedenen Bildern erraten werden. Danach sind einzelne Buchstaben aus diesen Wörtern zu streichen oder auszutauschen. Aus den neuen Buchstabenkombinationen setzt sich dann das Lösungswort zusammen.

1.



~~1, 2, 3 = K, 2-13~~

4.



3 = L

2.



~~1-14, 16 = M, 17~~

5.



~~1-7, 10 = A~~

3.



~~2, 3, 5-16~~

6.



~~1, 2, 5-10~~

Lösungswort: ~~~~~

Gemeinsames

Bekenntnis zum

friedlichen Aufbruch

Die Kirche als Raum für Kritik und friedlichen Protest

Bereits seit Anfang der 1980er-Jahre gehörten **Friedensgebete** als eine Form gewaltlosen Widerstands zur Friedensbewegung der evangelischen Kirche in Ost und West. 1981 hatten Stadtjugendpfarrer Wolfgang Gröger und Pfarrer Christian Führer beschlossen, das Friedensgebet für die **Leipziger Nikolaikirche** dauerhaft einzuführen. Seitdem fanden an **jedem Montag Friedensgebete** statt. Diese gaben den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich auszutauschen und sich gemeinsam für den Frieden zu engagieren.

Mit dem Erstarren der **Oppositionsbewegung** in der DDR wurden die halböffentlichen Räume der Kirche immer wichtiger für die Zusammenarbeit der verschiedenen Bewegungen – und das, obwohl sich die SED vehement und nicht ohne Erfolg bemühte, die religiösen Bindungen in der Bevölkerung zurückzudrängen. Letztlich wollten sich allerdings mehr und mehr Bürger nicht länger mit den Verhältnissen in ihrem Staat zufriedengeben. Sie forderten Veränderungen.

Parallel zu diesen Ereignissen schlugen am 4. Juni 1989 die chinesischen Machthaber eine Demonstration der Demokratiebewegung auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking blutig nieder. Das Massaker forderte hunderte Tote und Verletzte. Die DDR-Führung äußerte Zustimmung zu diesem brutalen Vorgehen und verstärkte durch diese Haltung die Ablehnung des Regimes durch die Menschen in der DDR.



Die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche – hier eine Fotoaufnahme vom 23. Oktober 1989 – waren der Ausgangspunkt für die Montagsdemonstrationen.



All diese Ereignisse bestärkten die DDR-Bürger, sich gegen das bestehende Regime zu erheben. Gleichzeitig wurde offenbar, wie gefährlich die aktive Beteiligung an Protesten werden konnte. Trotzdem erhielten die Friedensgebete der Kirche immer mehr Zustrom und politische Kraft.

Erst beten, dann demonstrieren

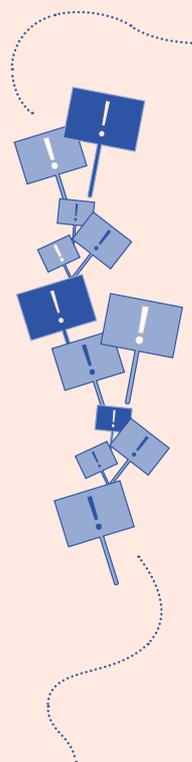
Zu den bekanntesten Protestaktionen der Bürger-Opposition zählten 1989 die **Montagsdemonstrationen** in Leipzig. Die erste fand im Anschluss an das Friedensgebet am 4. September 1989 statt – mit ca. 1.000 Teilnehmern: Ausreisewillige und Oppositionelle demonstrieren gemeinsam gegen die Verhältnisse in der DDR. Die Zahl der Demonstranten stieg von Montag zu Montag. Zunächst kesselten die Sicherheitskräfte die Demonstranten noch ein und gingen auch mit Gewalt gegen sie vor.

Obwohl es am 11. September zu **Massenverhaftungen** kam, zogen am 9. Oktober 70.000, am 16. Oktober dann über 100.000 Menschen durch die Straßen von Leipzig. Das war der Durchbruch zur **Massenbewegung**. Die Demonstrierenden forderten Meinungs-, Presse- sowie Reisefreiheit und freie Wahlen. Sie skandierten „Wir sind das Volk!“, um zu verdeutlichen, dass sie mitentscheiden wollten. Diese Massenprotestbewegung griff schnell auf viele andere Städte in der DDR über.

Am 4. November nahmen über 500.000 Menschen an einer Kundgebung auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin teil. Die Montagsdemonstrationen wurden zu einem entscheidenden Element der Friedlichen Revolution.



Montagsdemonstration in Leipzig, 16. Oktober 1989



– Oppositionsgruppen und Massenprotestbewegung

Unter der christlichen Metapher „Schwerter zu Pflugscharen“ demonstrierten die Anhänger der Opposition gemeinsam für den Wandel im Land, der sich schließlich zur Revolution auswuchs. Einige der vielen Oppositionsgruppen seien hier genannt:



- **„Initiative Frieden und Menschenrechte“**
Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ war als eine der ersten Bürgerrechtsgruppen seit Mitte der 1980er-Jahre aktiv. Sie wurde im März 1986 gegründet und orientierte sich in ihren Zielen an der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“. Ohne Genehmigung gab die Initiative die Zeitschrift „grenzfall“ heraus.
- **„Neues Forum“**
Das „Neue Forum“ wurde die Oppositionsbewegung mit den meisten Anhängern. Bis zum Ende des Jahres 1989 unterschrieben insgesamt 200.000 Menschen den am 10. September 1989 veröffentlichten Gründungsauf Ruf „Aufbruch 89“. Das „Neue Forum“ forderte den demokratischen Dialog über die Umgestaltung des Staates. Ziel war die Demokratisierung der DDR. Die Bewegung wollte Kommunikationsplattform für diesen Dialog sein.
- **„Demokratie Jetzt“**
Die am 12. September 1989 gegründete Gruppe „Demokratie Jetzt“ wurde zu einer Sammelbewegung von Oppositionellen aus kirchlichen Kreisen. Auch „Demokratie Jetzt“ setzte sich

für die demokratische Erneuerung der DDR ein. Die Anhänger forderten die Reformierung des Staates, um so einen demokratischen Staat zu schaffen, der in Abgrenzung zur Bundesrepublik existierte.

- **„Demokratischer Aufbruch“**
Aus verschiedenen Initiativgruppen gründete sich Ende Oktober (offiziell erst am 16./17. Dezember) 1989 die oppositionelle politische Gruppierung und spätere oppositionelle Partei „Demokratischer Aufbruch“. Die Anhänger stammten ebenfalls aus dem kirchlichen Umfeld. Zu Beginn forderten die Mitglieder noch die Umsetzung eines demokratischen Sozialismus. Doch die Ziele wandelten sich im Laufe der Zeit zur Forderung einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft und der deutschen Einheit. Ein prominentes Mitglied war zum Beispiel die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel.

– Demonstration in Potsdam am 7. Oktober 1989

Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, versammelten sich zunächst ca. 2.000 Bürger an der Spieluhr in der Brandenburger Straße in Potsdam. Von dort aus setzte sich Potsdams erster politischer Demonstrationzug in Bewegung. Die Demonstrierenden riefen Parolen wie „Wir bleiben hier, verändern wollen wir!“. Staatliche Sicherheitskräfte beendeten die Demonstration und verhafteten über 100 Personen.

7. Welche Parteien wurden 1946 zur SED zwangsvereinigt?

- A KPD, CDU, SPD B SPD, KPD
C CDU, SPD, LDP D SPD, KPD, LDP

8. Was geschah am 17. Juni 1953?

- A Walter Ulbricht wurde Staatsratsvorsitzender B Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit
C Volksaufstand in der DDR D Fluchtversuch mit „trojanischer Kuh“

9. Unter welchen vier Mächten wurde Deutschland 1945 aufgeteilt?

- A USA, UdSSR, Ungarn, Jugoslawien B Ungarn, USA, Griechenland
C USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich D USA, Frankreich, UdSSR, Ungarn

10. Wer war der erste und einzige Präsident der DDR?

- A Walter Ulbricht B Wolf Biermann
C Konrad Adenauer D Wilhelm Pieck

11. Wie lautete das Motto des Parteilieds der SED?

- A Sozialismus mit menschlichem Antlitz B Die Partei hat immer Recht.
C Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit D Stell die Partei infrage!

12. Wo verbrachten DDR-Bürger für gewöhnlich ihre Urlaubstage?

- A im heimischen Garten B in Fortbildungsstätten
C im Ausland D in Ferienobjekten

Beweis der Fälschung:

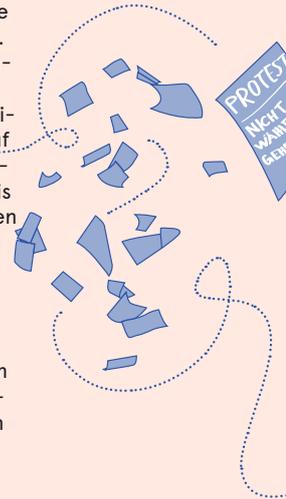
Die Kommunalwahlen 1989

Die Wahlfälschung fliegt auf

Wie in anderen sozialistischen Ländern wurde in der DDR auf Basis einer **Einheitsliste** gewählt (→ S. 31). Alle Kandidaten und Konstellationen der Blockparteien waren bereits festgelegt. Dem Wahlvorschlag in Form der Einheitsliste konnte man nur im Ganzen zustimmen oder ablehnen. Darüber hinaus wurden die Wahlergebnisse auf Veranlassung der Staatsführung regelmäßig zu ihren Gunsten manipuliert. So erreichte der festgelegte Wahlvorschlag regelmäßig den von der Regierung gewünschten Zustimmungswert von ca. **99 Prozent**.

Der 7. Mai 1989 wurde zu einem Erfolg der Opposition gegen diese Vorgehensweise in der DDR: Erstmals gelang es den Beteiligten verschiedener Oppositionsbewegungen, die **staatliche Wahlmanipulation** nachzuweisen. Die anstehenden Kommunalwahlen im Frühjahr 1989 wurden bereits im Vorfeld von Protestaktionen gegen die übliche Wahlmanipulation begleitet. **Flugblätter** forderten auf zu Protest und Wahlverweigerung, auf Transparenten wurde die bestehende Wahlpraxis abgelehnt und Ausreisewillige demonstrierten in der Öffentlichkeit.

Zum wichtigsten Instrument des Protests wurde die Kontrolle der Wahlergebnisse durch mutige, unabhängige Bürger, die die Auszählung der Stimmen in den Wahllokalen beobachteten. Die Ergebnisse dieser Wahlbeobachter unterschieden sich deutlich von den offiziellen Angaben: Der Betrug war nachgewiesen. Auch nach DDR-Recht war



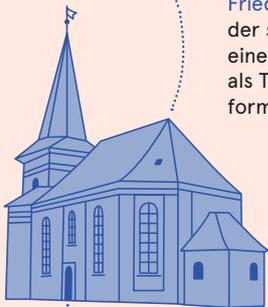
Wahlbetrug strafbar. Dementsprechend erstatteten zahlreiche Mitglieder der Oppositionsbewegung Anzeige.

An den Machtverhältnissen änderte der Nachweis der **Wahlmanipulation** vorerst zwar noch nichts. Das Veröffentlichen des Wahlbetrugs über Flugblätter steigerte jedoch die **Protestbereitschaft** in der Bevölkerung – auch außerhalb der oppositionellen Gruppen. In der Folge kam es an jedem 7. eines Monats bis in den Herbst des Jahres 1989 zu Demonstrationen, obwohl die Staatsführung mithilfe des MfS versuchte, die Proteste zu verhindern, etwa durch Androhung von Ausweisung oder durch Untersuchungsverfahren.

Auch im heutigen Bundesland Brandenburg initiierten die Oppositionsgruppen Demonstrationen gegen die Wahlpraxis in der DDR. Auch hier stellten Wahlbeobachter die Wahlfälschung fest und widmeten sich der Aufklärung der Mitbürger – etwa im Rahmen der regelmäßigen Treffen in den Räumen der **Friedrichskirche in Potsdam-Babelsberg**. Wieder spielten die Kirchen und ihre Vertreter eine wichtige Rolle für die Protestbewegung, als Treffpunkte der Opposition und als Informationsstellen für die Bürger.



Demonstranten in Erfurt, 26. Oktober 1989



Friedrichskirche in Potsdam-Babelsberg



10. Montagsdemonstration in Leipzig, 11. Dezember 1989

Der „Eiserne Vorhang“

wird
durchlässig

Die einen demonstrieren, die anderen verlassen das Land

Im Jahr 1989 veränderte sich die Situation in den östlichen Nachbarstaaten der DDR drastisch: Am 27. Juni 1989 durchtrennten der damalige österreichische Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn symbolisch den Eisernen Vorhang, indem sie den Zaun zwischen den beiden Ländern zerschnitten. Als am 19. August an der österreichisch-ungarischen Grenze nahe der Stadt Sopron das „**Paneuropäische Picknick**“ stattfand, nutzten rund 600 DDR-Bürger das **offene Grenztor** und überquerten die Grenze in das westliche Österreich.



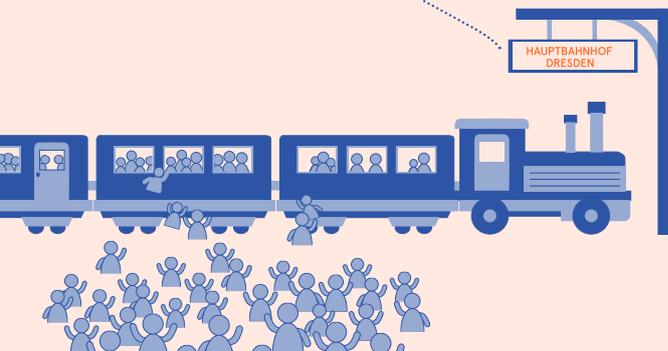
DDR-Bürger bei der Überquerung der österreichisch-ungarischen Grenze, 19. August 1989

Doch diese Flüchtlinge blieben nicht die einzigen: In den Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Warschau und Prag sowie in der ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR in Ost-Berlin sammelten sich tausende DDR-Bürger, die in den Westen fliehen wollten. In der Nacht vom 10. auf den 11. September genehmigte Ungarn allen sich im Land aufhaltenden Flüchtlingen die Ausreise in den Westen. Nach Verhandlungen mit der DDR und der UdSSR verkündete der damalige Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, am 30. September auf dem Balkon der Prager Botschaft, dass die sich dort aufhaltenden beinahe 6.000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik ausreisen durften.



Ausreisewillige DDR-Bürger im Hof der westdeutschen Botschaft in Prag, 30. September 1989

Die Geflüchteten fuhren Anfang Oktober in Sonderzügen über DDR-Gebiet in die Bundesrepublik, wobei es in einigen Städten, die von den Zügen durchquert wurden, zu Unruhen kam. Am 4. Oktober beispielsweise versuchten Menschen im **Dresdener Hauptbahnhof** auf den Zug aufzuspringen. Insgesamt siedelten im Jahr 1989 bis zum 9. November ca. 200.000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik über.



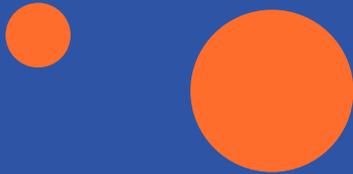
– Ausreiseantrag

Bei einem „Antrag auf ständige Ausreise“ handelte es sich meistens um einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Da es DDR-Bürgern nicht erlaubt war, in das „nicht-sozialistische“ Ausland zu reisen, war dies die einzige legale Form, die DDR in Richtung Westen zu verlassen. Wer aus der DDR floh, riskierte ins Gefängnis zu kommen oder beim Fluchtversuch erschossen zu werden. Doch auch der legale Weg war nicht einfach. Die Antragsteller mussten jahrelang auf die Bewilligung der Ausreise warten, wenn diese überhaupt erteilt wurde. In dieser Zeit sahen sich viele Ausreisewillige staatlichen Schikanen ausgesetzt: Sie wurden zum Beispiel aus ihren Arbeitsstellen entlassen, ihre Kinder durften keine höheren Schulen besuchen oder sie mussten ihren Personalausweis gegen eine Ausweiskarte tauschen. Diese gab darüber Auskunft, dass sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten. Wurde die Ausreise schließlich bewilligt, mussten die Menschen ihr Hab und Gut zurücklassen und relativ kurzfristig ausreisen. Diese Schwierigkeiten hielten viele ausreisewillige DDR-Bürger davon ab, einen Antrag zu stellen. Vor diesem Hintergrund wird auch das hohe Tempo verständlich, mit dem sich im Sommer 1989 die Ausreisewelle entwickelte. Viele wollten die Gelegenheit nutzen und über die sich öffnenden Länder Ungarn und Tschechoslowakei flüchten, bevor sich die Lage änderte und die Grenzen wieder geschlossen würden. Denn noch glaubte kaum jemand daran, dass es einen langfristig anhaltenden Wandel geben würde.



Provisorischer Grenzübergang an der Kontrollstelle Katharinenberg in Thüringen, November 1989

Die Mauer fällt



Die SED handelt nicht. Weder im Guten noch im Schlechten.

Die Menschen, die sich im Herbst 1989 der großen Protestbewegung anschlossen und durch die Straßen zogen, gingen ein großes persönliches Risiko ein. Sie konnten sich keineswegs sicher sein, dass die bedrängte DDR-Regierung nicht die Armee gegen sie einsetzen würde. Der Umstand, dass die **Massendemonstrationen** nicht gewaltsam aufgelöst wurden, war letztlich vor allem zwei Gründen zu verdanken:

1. Die Reformpolitik Gorbatschows (→ S. 52) hatte die weltpolitische Lage verändert.
2. Die SED war für ein gemeinsames und entschlossenes Handeln intern bereits zu zerrissen.

Angesichts der aufgeheizten Stimmung in der Bevölkerung beschloss das Politbüro schließlich, sich personell zu erneuern und seinen langjährigen Vorsitzenden Erich Honecker abzusetzen: Am 17. Oktober 1989 wurde er von seinen Ämtern entbunden. Sein Nachfolger als Staats- und Parteichef wurde Egon Krenz. Die von Krenz als „Wende“ bezeichneten Maßnahmen beschränkten sich allerdings auf einige personelle Veränderungen und auf Beteuerungen, die neue Staatsführung sei zu **Reformen** bereit. Dies entsprach nicht den Forderungen der protestierenden Bevölkerung nach Demokratisierung und umfassendem Neubeginn.



Staatsratssitzung mit Egon Krenz (r.), dem Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Oktober 1989

ZEIT FÜR REFORMEN



Was auf einer wichtigen Pressekonferenz NICHT gesagt wurde

Um den Druck auf die Regierung zu verringern, rang sich das Politbüro in einer Vorlage für den Ministerrat schließlich zu einer neuen Ausreiseregelung durch: DDR-Bürger sollten ausreisen können, ohne wie zuvor einen besonderen Anlass haben zu müssen. Trotzdem mussten diese Ausreisen weiterhin beantragt werden. Die Hoffnung der SED-Politiker bestand darin, dass ihnen der zu erwartende Ansturm auf die Genehmigungsbehörden Zeit verschaffen würde: Während die Menschen auf ihre Dokumente warteten – so dachten die Regierenden – würde sich die Lage beruhigen. Doch es kam anders.

Als Günter Schabowski, damaliger Sprecher des SED-Zentralkomitees (ZK), auf einer Pressekonferenz am 9. November 1989 die [neuen Ausreisebestimmungen](#) bekannt gab, fragte ein Journalist, ab wann diese Bestimmungen gelten würden. Schabowski antwortete:

„Ab sofort. Unverzüglich.“

„Westfernsehen“ gucken und ausreisen

Da Schabowski nicht darauf aufmerksam machte, dass die Ausreisen weiterhin beantragt werden mussten, führte seine Aussage dazu, dass noch in derselben Nacht die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin geöffnet wurde. Eine wichtige Rolle spielten dabei die

westlichen Medien: US-amerikanische und bundesrepublikanische Presseagenturen interpretierten Schabowskis Aussage als [Bekanntgabe der Grenzöffnung](#) durch die DDR. Viele DDR-Bürger entnahmen deshalb dem „Westfernsehen“ die sensationelle Nachricht, man könne ab sofort und ohne Genehmigung die Grenze zwischen Ost und West überqueren. In den folgenden Stunden begaben sich immer mehr Ost-Berliner an die Grenzübergänge, um die neue Reiseregelung zu erproben.

Da den Grenzposten keine Handlungsanweisungen vorlagen, waren sie mit dieser Situation vollkommen überfordert. Als sich im Verlauf der Nacht tausende Menschen an den Grenzübergangsstellen in Berlin drängten, stellten die Grenzposten schließlich die Kontrollen ein und ließen die Menschen die Grenze nach beiden Seiten übertreten. Zwischen 1:00 und 2:00 Uhr nachts überwand die ersten Menschen die Sperranlagen am Brandenburger Tor. Damit war die Berliner Mauer gefallen.

In den Wochen nach dem Mauerfall wandelte sich die Parole der Demonstranten auf den Straßen der DDR von „Wir sind das Volk!“ zu „[Wir sind ein Volk!](#)“. Die Menschen forderten nun die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik. Und tatsächlich sollte der zweite deutsche Staat nur noch wenige Monate bestehen: Am [3. Oktober 1990](#) wurde die [deutsche Einheit](#) vollzogen – mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.



ZK-Sprecher Günter Schabowski (auf dem Podium 2. v. r.) während der berühmten Pressekonferenz, 9. November 1989





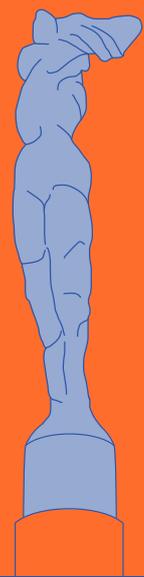
Demonstration im Lustgarten Berlin unter dem Motto „Vorausdenken und Handeln“, 9. Dezember 1989

– Die Öffnung der Glienicker Brücke

Als Folge der Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 wurden weitere Grenzübergänge in und um Berlin geöffnet: Am 10. November 1989 folgte die Öffnung der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und West-Berlin. Am 11. November wurde das Tor der Brücke abgebaut. Ab dem 24. Dezember konnten auch West-Berliner ohne Visum in die DDR einreisen und somit auch die Glienicker Brücke in Richtung Potsdam nutzen. Am 10. November 1999 wurde an der Brücke die Skulptur „Nike 89“ des Künstlers Wieland Förster enthüllt. Nike, eine Siegesgöttin der griechischen Mythologie, soll seitdem an den Fall der Mauer erinnern.



Die Glienicker Brücke in Potsdam – hier auf einer Aufnahme aus dem Jahr 2005 – gilt als überregionales Symbol für die Wiedergewinnung der Freiheit und der deutschen Einheit.



Nike 89

13. Was bedeuten die russischen Begriffe „Perestroika“ und „Glasnost“?

- | | |
|-------------------------------|------------------------------|
| A Umbau und Offenheit | B Literatur und Musik |
| C Kontrolle und Zensur | D Reform und Umbruch |

14. Was riefen Demonstranten kurz nach dem Mauerfall?

- A** „Frieden konkret!“ **B** „Friede für dich!“
C „Wir sind ein Volk!“ **D** „Friede vereint!“

15. Wie hießen die beiden Pkw-Modelle, die in der DDR verkauft wurden?

- | | |
|-----------------------------------|--------------------------------------|
| A Wartburg und Trabant | B Silberpfeil und Goldflitzer |
| C Volkswagen und Rennpappe | D Ente und Käfer |

16. Welche Aussage steht in Verbindung zum Fall der Berliner Mauer?

- | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|
| A Ich bin ein Berliner. | B Tear down this wall! |
| C Wir wählen die Freiheit! | D Ab sofort. Unverzüglich. |

17. An welchem Tag fiel die Berliner Mauer?

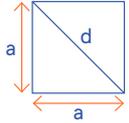
- A** 10. November 1989 **B** 3. Oktober 1990
C 9. November 1989 **D** 17. Oktober 1989

18. Welche symbolischen Werte repräsentiert die Glienicker Brücke in Potsdam seit 1989/1990?

- | | |
|----------------------------------|----------------------------------|
| A Stolz und Mut | B Dankbarkeit und Frieden |
| C Einschränkung und Angst | D Freiheit und Einheit |

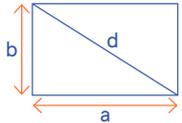
Formelsammlung

Flächen



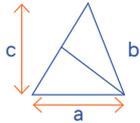
Quadrat

$$U = 4a$$
$$A = a^2$$
$$d = a\sqrt{2}$$



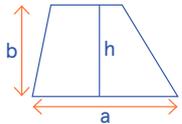
Rechteck

$$U = 2(a+b)$$
$$A = ab$$
$$d = \sqrt{a^2+b^2}$$

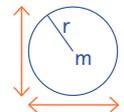


Dreieck

$$U = a+b+c$$
$$A = \frac{a \times h_a}{2} = \frac{b \times h_b}{2} = \frac{c \times h_c}{2}$$



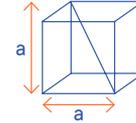
$$\frac{(a+c) \times h}{2}$$



Kreis

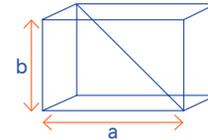
$$U = 2 \times \pi \times r$$
$$A = \pi \times r^2$$
$$b = U \times \frac{a}{360}$$

Volumen



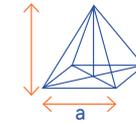
Würfel

$$V = a^3$$
$$d = a\sqrt{3}$$
$$O = 6 \times a^2$$



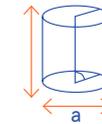
Quader

$$V = a \times b \times c$$
$$O = 2(a \times b + b \times c + a \times c)$$



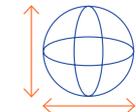
Quadratische Pyramide

$$O = a^2 + a \times h_a \times 2$$
$$V = G \times h : 3$$



Zylinder

$$O = 2 \times \pi \times r^2 + 2 \times \pi \times r \times h$$
$$V = \pi \times r^2 \times h$$



Kugel

$$O = 4 \times \pi \times r^2$$
$$V = \frac{4}{3} \times \pi \times r^3$$

Formelsammlung

Maße

Einheit	Bezeichnung	Umrechnung
km	Kilometer	1 km = 1000 m
m	Meter	1 m = 10 dm = 100 cm = 1000 mm
dm	Dezimeter	1 dm = 10 cm = 100 mm
cm	Zentimeter	1 cm = 10 mm
mm	Millimeter	1 mm = 0,001 m
mm ³	Kubikmillimeter	--
cm ³	Kubikzentimeter	1 cm ³ = 1000 mm ³
dm ³	Kubikdezimeter	1 dm ³ = 1000 cm ³
l	Liter	1 l = 1 dm ³
m ³	Kubikmeter	1 m ³ = 1000 dm ³
hl	Hektoliter	1 hl = 100 l
l	Liter	1 l = 10 dl = 100 cl = 1000 ml
dl	Deziliter	1 dl = 10 cl = 100 ml
cl	Zentiliter	1 cl = 10 ml
ml	Milliliter	1 ml = 0,001 l
t	Tonne	1 t = 1000 kg
dt	Dezitonne	1 dt = 100 kg = 0,1 t
kg	Kilogramm	1 kg = 1000 g = 0,1 t
g	Gramm	1 g = 1000 mg = 0,001 kg
mg	Milligramm	1 mg = 0,001 g

Formeln

Binomische Formeln

1. Formel: $(a + b)^2 = a^2 + 2ab + b^2$

2. Formel: $(a - b)^2 = a^2 - 2ab + b^2$

3. Formel: $(a + b) \times (a - b) = a^2 - b^2$

Drei Gesetze

Kommutativgesetz: $(a \times b) = (b \times a)$
 $(a + b) = (b + a)$

Assoziativgesetz: $(a \times b) \times c = b \times (b \times c)$
 $(a + b) + c = a + (b + c)$

Distributivgesetz: $(b + c) \times a = a \times b + a \times c$
 $(a + b) \times c = a \times c + b \times c$

Logarithmen

Addieren: $\log_c a + \log_c b = \log_c (a \times b)$

Subtrahieren: $\log_c a - \log_c b = \log_c \frac{a}{b}$

Potenz: $\log_c a^n = n \log_c a$

Satz des Pythagoras

$$a^2 + b^2 = c^2$$
$$c = \sqrt{a^2 + b^2}$$
$$a = \sqrt{c^2 - b^2}$$
$$b = \sqrt{c^2 - a^2}$$



Lösungen

Quiz

- S. 16/17
1 A, 2 D, 3 A
4 C, 5 D, 6 B
S. 78/79
7 B, 8 C, 9 C
10 D, 11 B, 12 D
S. 94/95
13 A, 14 A, 15 A
16 B, 17 A, 18 D

Logikrätsel

- S. 44/45
1b, 2e, 3d, 4a

Sudoku

S. 28/29

4	1	3	8	6	5	2	9	7
9	5	6	2	3	7	4	8	1
2	8	7	4	9	1	5	3	6
8	6	2	9	7	3	1	5	4
3	4	1	5	8	6	9	7	2
7	9	5	1	4	2	3	6	8
1	3	8	6	5	4	7	2	9
5	2	9	7	1	8	6	4	3
6	7	4	3	2	9	8	1	5

6	3	2	5	1	9	7	4	8
1	7	9	8	3	4	2	5	6
5	8	4	6	2	7	3	1	9
7	2	6	4	9	3	5	8	1
3	5	8	1	6	2	9	7	4
4	9	1	7	8	5	6	2	3
9	4	3	2	7	1	8	6	5
2	6	5	3	4	8	1	9	7
8	1	7	9	5	6	4	3	2

Kreuzworträtsel

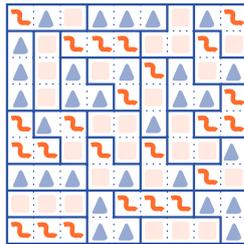
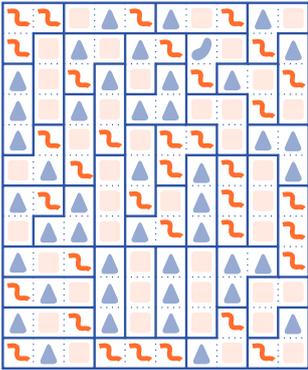
S. 56/57

Lösungswort
M A U E R F A L L

Lösungen

Tripletts

S. 42/43



Rebus-Rätsel

S. 70/71



Abb. 1, S. 67
Demonstration



Abb. 2, S. 89
Staatsratsitzung



Abb. 3, S. 93
Glienicker Brücke



Abb. 4, S. 31
SED



Abb. 5, S. 59
Luftdusche



Abb. 6, S. 27
Luftbrücke

Lösungswort: KONSUMGESELLSCHAFT

Auszüge aus der Brandenburgischen Landesverfassung

Artikel 9 (Freiheit der Person)

- (1) Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Sie kann nur aufgrund eines Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen eingeschränkt werden.

Artikel 13 (Gewissens-, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit)

- (1) Die Freiheit des Gewissens, des Glaubens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich; ihre ungestörte Ausübung wird gewährleistet.
- (2) Niemand ist verpflichtet, seine religiöse oder weltanschauliche Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur so weit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, wie davon Rechte und Pflichten abhängen.

Artikel 19 (Meinungs- und Medienfreiheit)

- (1) Jeder hat das Recht, Informationen und Meinungen in jeder Form frei zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen oder anderen, rechtmäßig erschließbaren Quellen zu unterrichten.

- (2) Die Geltung dieser Rechte in Dienst- und Arbeitsverhältnissen darf nur aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden.
- (2) Die Freiheit der Presse, des Rundfunks, des Films und anderer Massenmedien ist gewährleistet. Das Gesetz hat durch Verfahrensregelungen sicherzustellen, daß die Vielfalt der in der Gesellschaft vorhandenen Meinungen in Presse und Rundfunk zum Ausdruck kommt.
- (3) Gesetzliche Einschränkungen zum Schutze der Kinder und Jugendlichen sowie der Ehre und anderer wichtiger Rechtsgüter sind zulässig. Kriegspropaganda und öffentliche, die Menschenwürde verletzende Diskriminierungen sind verboten.
- (4) Hörfunk und Fernsehen haben die Aufgabe, durch das Angebot einer Vielfalt von Programmen zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen. Neben den öffentlich-rechtlichen Anstalten sind private Sender aufgrund eines Gesetzes zuzulassen. Dabei ist ein Höchstmaß an Meinungsvielfalt zu gewährleisten.
- (5) Rechtmäßige journalistische Tätigkeit darf durch Zeugnispflicht, Beschlagnahme und Durchsuchung nicht behindert werden.
- (6) Eine Zensur findet nicht statt.

Artikel 21 (Recht auf politische Mitgestaltung)

- (1) Das Recht auf politische Mitgestaltung ist gewährleistet.
- (2) Jeder hat nach Maßgabe der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung das gleiche Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern, soweit nicht für die Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse etwas anderes gesetzlich bestimmt ist. Eine Entlassung oder Disziplinierung wegen einer Betätigung in Bürgerinitiativen, Verbänden, Religionsgemeinschaften oder Parteien ist unzulässig.

Notizen



Notizen



A series of horizontal orange wavy lines for taking notes. There are 15 lines in total. Hand-drawn blue circles and a blue oval are scattered on the page, with one circle on the second line from the bottom and one oval on the eighth line from the bottom.

Bildnachweis

Karten und Illustrationen:

Panatom Corporate Communication

Fotos:

- S. 5: © Landtag Brandenburg, Stefan Gloede
- S. 14: © Landtag Brandenburg, Manuel Dahmann
- S. 22, S. 51: Wikimedia Commons, gemeinfrei
- S. 26–27, S. 71 (Abb. 6), S. 103 (Abb. 6): © Bundesarchiv, Bild 146-1985-064-10A
- S. 30, S. 49, S. 59, S. 60–61, S. 71 (Abb. 5), S. 103 (Abb. 5): © Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR
- S. 31, S. 70 (Abb. 4), S. 103 (Abb. 4): © Bundesarchiv, Bild 183-08483-0003, Gustav Köhler
- S. 32, S. 65: © Rainer Mittelstädt, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 37: Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 40: © Bernd Settnik, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 41: © H. Vonderlind, Potsdam Museum
- S. 47: © Hubert Link, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 48: © Michael Panse, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 53: © Karl-Heinz Schindler, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 63, S. 90: © Thomas Lehmann, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 67, S. 70 (Abb. 1), S. 71 (Abb. 2), S. 89, S. 103 (Abb. 1), S. 103 (Abb. 2): © Klaus Oberst, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 71 (Abb. 3), S. 93, S. 103 (Abb. 3): © Lienhard Schulz, Wikimedia Commons, GNU-Lizenz
- S. 73: © Bundesregierung, Evelyn Richter
- S. 75: © Friedrich Gahlbeck, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 82, S. 87: © Jürgen Ludwig, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 83: © Bundesarchiv, Bild 183-1989-1211-027, Friedrich Gahlbeck
- S. 85: © Wik1966total, Wikimedia Commons, CC-Lizenz by-sa-3.0-de
- S. 86: © Bundesregierung, B 145 Bild-00048987, Seebode
- S. 92: © Bundesarchiv, Bild 183-1989-1209-009, Klaus Oberst

Quellen

Portale

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung:
www.politische-bildung-brandenburg.de

Stiftung Friedliche Revolution:
www.stiftung-fr.de

Bundeszentrale für politische Bildung / Robert-Havemann-Stiftung:
www.jugendopposition.de

Chronik der Ereignisse

Bundeszentrale für politische Bildung / Deutschlandradio /
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam:
www.chronik-der-mauer.de

Cine Plus / Bundeszentrale für politische Bildung:
www.deutshegeschichten.de

Rundfunk Berlin-Brandenburg:
www.chronikderwende.de

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit:
www.bstu.bund.de

Zeitzeugen

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur:
www.zeitzeugenbuero.de

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der
Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD):
www.zeitzeugen.brandenburg.de

Bundeszentrale für politische Bildung / Deutsche Kinemathek:
www.wir-waren-so-frei.de

Museumsangebote in Brandenburg

Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR:
www.alltagskultur-ddr.de

Projekt „Zeitenwende – Aufbruch 1989/90 in Brandenburg“ des
Museumsverbandes Brandenburg e. V.:
www.museumsverband-brandenburg.de

Impressum

Landtag Brandenburg
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 966-1288
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.brandenburg.de

Texte zur DDR-Geschichte:
Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam,
und Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR,
Eisenhüttenstadt (Erstversion: 2009)

Gestaltung:
Panatom Corporate Communication

Anmerkung:
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf
die gleichzeitige Verwendung männlicher und
weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche
Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen
für alle Geschlechter.

Druck:
Bonifatius GmbH, Paderborn

Stand: 1. Mai 2019

Die Publikation wird vom Landtag Brandenburg
im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeits-
arbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei.
Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwen-
dung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.

**ZEIT FÜR
REFORMEN**

